

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr.  
24½ Sgr.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

# Posen Zeitung.

Zweinundsechzigster Jahrgang.

Annoncen: Annahme-Bureaus der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Polowicz, Markt 74 und Hrn. Kryszki (C. G. Ulrich & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Rogasen bei Hrn. Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Hrn. Hermann Lassleit; in Grätz bei Hrn. Louis Streisand und Hrn. D. Kemper; in Bromberg S. S. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haasestein & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Adolf Moos; in Berlin: A. Petermeyer, Schloßplatz; A. Albrecht, Zeitungs-Annoncen-Expedition, Taubenstraße 34; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Rabath; Denke, Bial & Freytag; in Frankfurt a. M.: F. L. Danne & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

## Amtliches.

Berlin, 9. Oktbr. Se. M. der König haben Allernädigst geruht: Sr. R. H. dem Erbgroßherzog Friedr. Franz von Mecklenburg-Schwerin den Schwarzen Adler-Orden; dem General der Infanterie v. Zastrow, kommandirenden General des VII. Armeekörps, den Kronen-Orden I. Kl. mit dem Emaille-Bande des Roten Adler-Ordens mit Eichenlaub und Schwertammling; dem Kaiserlich österreichischen Ministerial-Rath und Direktor der Bergakademie zu Leoben, Ritter v. Tunner, den Kronen-Orden II. Kl., sowie dem Kaiserlich französischen Konsul zu Königsberg i. Pr. Dr. Dahse, den Roten Adler-Orden III. Kl. und dem Prediger der deutschen reformirten Gemeinde zu Hamburg, Dilthey, den Roten Adler-Orden IV. Kl. zu verleihen; die Geh. Kriegs-Räthe Wisschusen und Vornewmann vom Kriegs-Ministerium zu Wirs. Geh. Kriegs-Räthen und Räthen II. Klasse; sowie den Pastor Gunzadi in Freienwalde zum Superintendenten der Synode Freienwalde, Reg. Bezirk Stettin, und den Pastor Holzheuer in Rabeuhr zum Superintendenten der Synode Rabeuhr, Reg. Bezirk Kölln, zu ernennen.

Der Rechtsanwalt und Notar, Justiz-Rath v. Wilmowski in Schlawe, ist als Rechtsanwalt, unter Beilegung des Notariats im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau, an das Stadtgericht zu Breslau mit Anweisung seines Wohnsitzes ebenda selbst verzeigt und der Kreisrichter Hrn. ann in Preßsch ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Eilenburg und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Naumburg a. S. mit Anweisung seines Wohnsitzes in Eilenburg ernannt worden.

Der Chirarzt I. Klasse Meder zu Neunkirchen ist zum Kreis-Chirarzt des Veterinär-Bezirks Siegen-Wittgenstein und der Chirarzt I. Kl. Fürstenau zu Schoeppingen zum Kreis-Chirarzt des Kreises Ahaus, unter Beleffung seines Wohnsitzes in Schoeppingen ernannt worden.

## Der Kreisordnungs-Entwurf und die Provinz Posen.

### II.

Sehen wir uns nun die alte Verfassung der Verwaltung unserer Provinz an, um damit den Zustand zu vergleichen, wie er in den Entwurf der Kreisordnung projektiert wird. § 135, der erste unter den dreien des der Provinz Posen gewidmeten Titels VI. besagt, daß „bis auf Weiteres“ die auf der Kabinetsordre vom 10. Dezember 1836 beruhende Polizei-Distrikts-Verfassung für das Großherzogthum Geltung behalten soll. Diese Polizei-Distrikts-Verfassung folgte der „Woyts-Einrichtung“, welche durch die Kabinetsordre vom 9. März 1833 eingeführt worden war, und die vom 16. April 1823 datirende alte „Woyts-Einrichtung“, wonach die Kommunal- und Polizeiverwaltung auf dem platten Lande den Gutsbesitzern oblag, aufhob, weil sie sich „als mangelhaft und zweckwidrig“ erwiesen hatte. Diese „Mangelhaftigkeit“ und „Zweckwidrigkeit“ möchte sich wohl bei dem kurz vorhergegangenen polnischen Aufstande gezeigt haben.

Die Kabinetsordre vom 9. März 1833 übertrug die Kommunal- und Polizeiverwaltung auf dem platten Lande besonderen Beamten, Woyts genannt, welche in den aus Nittergütern, Dorfgemeinden, kleinen Städten u. c. gebildeten „Bairken“ im Namen des Königs fungiren sollten. Aber diese Verfassung war nur für 3 Jahre als ein Versuch eingeschürt worden und erhielt im Jahre 1836 eine Abänderung, welche „bis auf weitere Anordnung“ Geltung haben sollte; es war das dieselbe Polizei-Distrikts-Verfassung, welche bis heut besteht und nach dem Entwurf der Kreisordnung noch „bis auf Weiteres“ bestehen soll.

In der Kabinetsordre vom 10. Dezember 1836 (an den Staatsminister v. Nochow gerichtet) heißt es: „Da nach Ihrem, nach vorheriger Berathung des Staatsministeriums erstatteten Berichte vom 3. d. M. die durch meine Ordre vom 9. März 1833 im Großherzogthum Posen eingeführte Woyts-Einrichtung im Allgemeinen die durch sie beabsichtigten Zwecke erfüllt hat, indem durch solche eine bessere Ordnung in den Geschäften hergestellt worden ist, dergestalt, daß die Beibehaltung derselben in dem bisherigen Umfange\*) dauernd nicht nothwendig ist, so finde ich kein Bedenken dieſelben Ihnen im Einverständniß mit dem Staatsministerium gemachten Antrage gemäß, spätestens mit dem 1. April 1837 aufheben zu lassen..... Ich bin ferner damit einverstanden, daß nach den dortigen Verhältnissen die Landräthe ohne besondere Gehilfen und Organe, die Polizei- und Gemeindeverwaltung auf dem platten Lande und in den kleinen Städten mit Erfolg zu leiten und zu beaufsichtigen, sich außer Stande befinden würden und finde mich daher bewogen, bis auf weitere Anordnung Folgendes zu bestimmen:

1) In jedem Kreise des Großherzogthums Posen sollen, so wie die Aufhebung der Woytauer vorschreitet, für Bezirke von etwa 6000 bis 9000 Seelen ländlicher Bevölkerung, Distriktskommisarien angestellt werden. Dieselben sind bestimmt, den Landräthen in allen Gegenständen ihres Wirkungskreises als Gehilfen und Organe zu dienen, die Polizeierichtsbarkeit über die Dorfgemeinden, sowie in den kleinen Städten, welchen die Städteordnung nicht verliehen ist, auszuüben und diejenigen Arbeiten, welche die Ortsvorsteher ordnungsmäßig zu fertigen außer Stande sind, so weit nötig, selbst zu fertigen und ihnen für die Zukunft zur Vertretung derselben die erforderliche Anleitung zu geben, überhaupt aber alles Dasentige zu verrichten, was das Bedürfnis der Verwaltung mit sich bringt, und die zu entwerfende, von den beteiligten Ministerien zu bestätigende Instruktion

\*) Der Woyt hat im Allgemeinen sein ganzes Bestreben dahin zu richten, daß in dem ihm anvertrauten Bezirk die Gefinnungen der Treue und der Erfurcht gegen den Landesherrn und die Achtung vor dem Gesetz belebt und erhalten werde. So hieß es in der Kabinetsordre vom 9. März 1833. Er war nicht nur Polizei- und Kommunalverwalter, sondern gleichsam auch Missionar für Loyalität und um diese Aufgabe zu erfüllen, waren ihm weiter gehende Befugnisse beigelegt als den nachherigen Distrikts-Kommisarien.

besagen wird. Mit dieser Einrichtung ist allmälig vorzuschreiten und die selbe bis zum 1. April 1837 durchzuführen.

2) Die Distrikts-Kommisarien fungieren lediglich als Staatsbeamte und sind, nach vernommenem Gutachten der Landräthe, auf Präsentation der Regierung vom Oberpräsidenten anzustellen. Einen Anspruch auf lebenslängliche Anstellung kann ihnen zwar bei der ungewissen Dauer der Einrichtung so wenig, als eine Pensionsberechtigung zugestanden werden, vielmehr müssen sich dieselben ihre Entlassung zu jeder Zeit gefallen lassen. Es ist ihnen aber die Zusicherung zu erhalten, daß bei Amtstreue, Thätigkeit und Brauchbarkeit ihre Entlassung nur aus sehr dringenden Gründen erfolgen und dann auch in der Zukunft auf ihre anderweitige Versorgung möglichst Rücksicht genommen werden solle. Über die Nothwendigkeit und Bülfäigkeit der Entlassung haben Sie in jedem Falle zu entscheiden. Wird der Antrag darauf auf schlechte dienstliche oder unmoralische Führung begründet, so ist Ihnen die Sache in der in Meiner Ordre vom 21. Februar 1828 vorgeschriebenen Form instruit und nach vorgängiger Vertheidigung des Angelagerten zur Entscheidung vorzulegen.

3) Bei Anstellung der Distrikts-Kommisarien sind vorzugsweise die königl. Rentbeamten und Generalpächter der Domänen innerhalb ihrer Amtsbezirke zu berücksichtigen, und sollen erstere vermöge ihres Amtes, letztere nach Maßgabe ihrer Kontrakts-Bedingungen zur Übernahme ihrer Stellungen verbunden sein. Dagegen bleibt es den Regierungen überlassen, hierbei auch auf geeignete Gutsbesitzer und Bürgermeister Rücksicht zu nehmen.

4) Die Distrikts-Kommisarien erhalten eine Besoldung von höchstens 500 Thlr. aus der Staatskasse. Außerdem erhält jeder derselben ein Aquivalent von 100 Thlr. für sämtliche zwischen den Einwohnern der Woytsbezirke für das Büro der Woyts abgelegenen Leistungen. Diese Aquivalente sollen kreisweise von den nicht mit der Städteordnung lebhaften Städten, Dominien und Landgemeinden aufgebracht werden. Uebrigens verwendet es bei den, den Dominien und Gemeinden überhaupt, den Landgemeinden aber insbesondere nach § 37, Tit. 7, Abs. II des allg. Landregts obliegende Verpflichtungen. Auch sollen dieselben zur Förderung der Verpflichtungen der Distrikts-Kommisarien die erforderlichen Boten zu stellen verpflichtet sein. Weiteres aber soll den Eingesessenen unter keinem Titel angekommen werden. Auch sind die Distrikts-Kommisarien sich zu ihrem Fortkommen auf eigene Kosten ein Reitpferd zu halten und alle Expeditionen völlig unentgeltlich zu begleiten, verpflichtet.

Die Rittergutsbesitzer bleiben auch ferner nach der Bestimmung Meiner Ordre vom 9. März 1833, von dem sonn. in dem 16. April 1823 auferlegten Verpflichtungen entbunden. Sie sollen aber mit den auf ihren Gütern befindlichen Haupt- und Nebenwörtern und den darauf wohnenden Personen, von den Ortsgemeinden abgesondert stehen und berechtigt sein, auf diesem ihrem Eigentum nicht nur diejenigen Geschäfte, welche den Vorstebern der Ortsgemeinde obliegen, persönlich oder durch qualifizierte, von den Landräthen zu beauftragte Stellvertreter zu beorgen, sondern auch auf den Gütern die örtliche Polizei, sowie die Polizeierichtsbarkeit über die darauf wohnenden Personen mit denselben Befugnissen, wie die Distriktskommisarien zu verwalten, wobei sie jedoch überhaupt und wegen Ausübung des polizeilichen Strafrechts, insbesondere die allgemeinen materiellen und formellen Vorschriften zu beobachten haben. Bei dieser Verwaltung stehen sie in der Regel, unter unmittelbarer Aufsicht der Landräthe, welche sich jedoch bei der Militäraushebung, nicht minder bei der Steuerveranlagung, sowie bei sonstigen Bedürfnissen, der Distriktskommisarien als ihrer Organe in den Geschäften mit den Rittergutsbesitzern, bedienen können. Diejenigen Rittergutsbesitzer, welche von dieser Befugnis keinen Gebrauch machen wollen, haben dies dem Landrathe anzuzeigen, welcher dann wegen Verwaltung der Geschäfte auf den Rittergutern durch den Distriktskommisar die nötigen Anordnungen treffen wird.

Wird also die Kreisordnung und zwar mit dem Titel VI zum Gesetz erhoben, so würde die Verwaltung unserer Provinz sich folgender Maßen von der anderer Provinzen Preußens unterscheiden.

Den Distrikten unseres Großherzogthums, welche den „Amtsbezirken“ entsprechen, stehen nicht Amtshauptleute, sondern Distrikts-Kommisarien vor. Von diesen soll nach § 136 die in den § 50 bis 54 den Amtshauptleuten übertragenen Befugnisse ausgeübt werden. Hierin liegt eine Neuerung, eine Neuerung, wodurch die Befugnisse der Distrikts-Kommisarien bedeutend erweitert werden. Denn der Entwurf sagt:

§ 50. Der Amtshauptmann hat 1) die Polizei, soweit sie nicht durch besondere Gesetze dem Landrathe oder anderen Beamten übertragen ist, in dem Amtsbezirke, so wie in den einzelnen dazu gehörigen Gemeinden und Gütern, insbesondere also die Sicherheits-, Gesinde-, Armen-, Wege-, Wasser-, Feld-, Fischerei-, Gewerbe-, Bau-, Feuer-Polizei u. c. zu verwalten und 2) die unmittelbare Aufsicht über die Kommunal-Angelegenheiten der zu dem Amtsbezirke gehörigen Gemeinden und selbstständigen Gütsbezirke zu führen. Er hat das Recht, die Befolgung seiner Verfügungen nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften zu erzwingen.

§ 51. Dem Amtshauptmann wird ferner übertragen: 1) die nach Artikel 6 des Armenpflege-Ergänzung-Ges. v. 21. Mai 1855 in Streitigkeiten zwischen Armen-Verbänden und dem zur Unterstützung eines Verarmten privatrechtlich verpflichteten Verwandten und Angehörigen zu treffende resolutioare Entscheidung; 2) das Recht der Überwaltung eines Arbeitsschen oder Obdachlosen in einer Arbeitsanstalt auf Grund der Art. 11—15 des Armenpflege-Ergänzung-Ges.; 3) die Erteilung der Konzession zum Betriebe der Gast- und Schankwirtschaft, wie zum Kleinhandel mit Getränken in Gemäßheit des § 33 der Gewerbe-Ordnung für den Nord. Bund v. 21. Juni 1869; 4) die nach § 108 der Gewerbeordn. für den Nord. Bund in Streitigkeiten der selbstständigen Gewerbetreibenden mit ihren Gesellen, Gehilfen und Lehrlingen zu treffende interimsliche Entscheidung; 5) die Erteilung der Konzession zu neuen Ansiedlungen in Gemäßheit des § 27 ff. des Ges. v. 3. Jan. 1845 und des § 11 ff. des Ges. v. 24. Mai 1853. Das Widerspruchtrecht gegen neue Ansiedlungen in Gemäßheit des § 11 des letzteren Gesetzes verbleibt den Gemeinden und steht für den Bereich eines selbstständigen Gütsbezirks dem Inhaber desselben zu.

(§ 52. Die im § 51 unter Nr. 1 bis 5 aufgeführten Befugnisse werden in den Städten von dem Magistrat ausgeübt.)

§ 53. In Beziehung auf die öffentlichen Wege, mit Ausschluß der Chausseen und der vom Fiskus zu unterhaltenden Landstrassen, hat der Amtshauptmann insbesondere dafür zu sorgen, daß der Verkehr auf den öffentlichen Wegen nicht behindert werde. Sind dazu Leistungen erforderlich, so hat er den Pflichtigen zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten binnen einer angemessenen Frist aufzufordern, und wenn die Verbindlichkeit nicht bekräftigt wird, nach fruchtlosem Ablauf der Frist, das zur Erhaltung des gefährdeten oder zur Wiederherstellung des unterbrochenen Verkehrs nothwendige für Rechnung des Verpflichteten zur Ausführung zu bringen. Eben

dies liegt ihm auch ohne vorgängige Aufforderung des Verpflichteten ob wenn dergestalt Gefahr im Verzuge ist, daß die Ausführung der vorzunehmenden Arbeit durch den Verpflichteten nicht abgewartet werden kann. — Wird die Verpflichtung zu einer Handlung oder Leistung in Beziehung auf den Begebad, welche im Interesse des öffentlichen Verkehrs nothwendig ist, von dem dazu Aufgeforderten in Abrede gestellt, so hat der Amtshauptmann, wenn nach seinem pflichtmäßigen Ermessens die Arbeit bis zur Feststellung der Verpflichtung nicht aufgezögert werden kann, wegen Ausführung des Nothwendigen Anordnung zu treffen, zugleich aber eine Instruktion der streitigen Verhältnisse mit Beziehung der Beteiligten vorzunehmen. Wird dabei die Nothwendigkeit einer Leistung an sich oder in dem geforderten Maße bestritten, oder ist es streitig, ob ein Weg ein öffentlicher oder ein Privatweg sei, so ist das öffentliche Interesse bei dem kontradicitorischen Verfahren durch den Amtshauptmann wahrzunehmen. Der Amtshauptmann hat die geschlossenen Verhandlungen, wenn eine gütliche Regulirung nicht gelingt, mit gesetzlichem Vericht, dem Kreisaußschüsse vorzulegen, welcher die im § 112 unter Nr. 2 vorgesehene resolutorische Entscheidung trifft.

§ 54. Das durch den § 5 ff. des Ges. v. 11. März 1850 der Ortspolizei-Behörde für den Umfang einer Gemeinde erzielte Recht zum Erlass von Polizei-Strafverordnungen wird auf den Amtshauptmann mit der Maßgabe übertragen, daß er nicht nur für den Umfang einer einzelnen Gemeinde oder eines einzelnen Gütsbezirks, sondern auch für den Umfang mehrerer Gemeinden oder Gütsbezirke und für den Umfang des ganzen Amtsbezirks nach vorheriger Berathung mit den beteiligten Gemeinde- und Gütsvorständen, auch im Falle des § 7 des Ges., derartige Verordnungen zu erlassen, befugt ist. Auch hat der Amtshauptmann in den seiner Verwaltung anheimfallenden Angelegenheiten das Recht der vorläufigen Strafsezung nach den Vorschriften des Ges. v. 14. Mai 1852.

Soweit würde die Bezirksseinrichtung des Großherzogthums von den anderen Provinzen eigentlich nur in den Namen differieren. Der große Unterschied besteht nun darin, daß die Amtshauptleute, wenn auch vom Könige berufen, doch angestellt werden auf Grund einer Vorschlagsliste, welche der betreffende Kreis zu entwerfen hat. Dies Recht, eine Vorschlagsliste zu entwerfen, wird den Kreistagen in Posen verfugt.

Wir geben gern zu, daß auf den Kreistagen unserer Provinz, wo die Polen das Übergewicht haben, polnische Amtshauptleute gewählt werden können und daß diese preußenfeindlich gesinnt, statt ihre Pflicht zu erfüllen, die Ordnung aufrecht zu erhalten, staatsfeindliche Agitationen unterstützen würden, jedenfalls aber bei Gelegenheiten nicht die Energie gegen staatsfeindliche Bestrebungen, wenn diese von Polen ausgehen, aufwenden könnten, wie deutsche Amtshauptleute. Daß wir, so verhältnißmäßig gestimmt wir auch gegen die Polen sind, uns dieser Gefahr nicht aussetzen wollen, werden uns die Polen selbst nicht verargen, indessen glauben wir doch, daß die Regierung in ihrer Besorglichkeit zu weit gegangen. Darüber in unserem nächsten Artikel.

## Der Entwurf der neuen Kreisordnung.

Die „Berl. Aut. Korr.“, das Organ der nationalliberalen Partei, bringt über diesen Gegenstand eine Reihe Artikel, welche wir an dieser Stelle aufnehmen wollen. Sie beginnt:

### I. Von der Gliederung und den Ämtern des Kreises.

Der Entwurf der neuen Kreisordnung für die sechs östlichen Provinzen der Monarchie enthält manigfache Verbesserungen der bisherigen Zustände, obgleich er noch immer weit davon entfernt ist, die von liberaler Seite an eine Reform der Kreisverfassung geknüpften Erwartungen vollständig zu erfüllen. Da für die östlichen Provinzen keine kodifizierte ländliche Gemeinde-Ordnung besteht, so hat der Entwurf der Kreisordnung auf dieses Gebiet hinübergreift und von oben herab in die Gemeinden hineinorganisiert versucht, während doch naturgemäß die Kreisverfassung sich auf der Basis der Landgemeinde- und Städteordnung — wenn zwischen Stadt und Land eine Scheidung besteht — aufgebaut haben würde. Der zweite Titel des Entwurfs „von der Gliederung und den Ämtern des Kreises“ handelt deswegen in seinem zweiten Abschnitt „von dem Gemeindevorsteher- und Schöffenamt“, sowie von der Ortsverwaltung der selbstständigen Gütsbezirke und in seinem dritten Abschnitt von der „Aufhebung der mit dem Besitz gewisser Grundstücke verbundenen Verpflichtung und Verpflichtung zur Verwaltung des Schulzenamts“. Beide Abschnitte gehören in eine Kreis-Ordnung gar nicht hinein, wie schon daraus hervorgeht, daß die dem zweiten Abschnitt parallel laufenden Bestimmungen für die Verwaltung der Städtebezirke in der Kreisordnung fehlen, weil eben die städtischen Gemeinde-Verhältnisse durch die Städteordnung bereits geregelt sind. Die Regierung stellt in den Motiven die Vorlegung des Entwurfs einer Landgemeinde-Ordnung in Aussicht, nachdem der jetzt vorgelegte Kreis-Ordnungsentwurf zum Gesetz geworden. Sie erklärt, daß mit dieser fragmentarischen Regelung einzelner Verhältnisse die Reform der ländlichen Gemeindeverfassung nicht ihren Abschluß erreichen soll und daß mit der vollständigen Kodifikation des jetzt bestehenden, in einer größeren Zahl von Gesetzen und Verordnungen zerstreuten Gemeinderechts eine zeitgemäße Fortbildung der wichtigsten Gemeinde-Institutionen und insbesondere auch eine den dabei maßgebenden Interessen entsprechende Lösung der Frage wegen der kommunalen Stellung der Gütsbezirke erstrebten werden soll. — Das mag alles ganz gut gemeint sein, aber den Beweis wird die Regierung niemals zu führen vermögen, daß es der naturgemäße Gang der Gesetzgebung ist, Verhältnisse, welche einer Reform aufs dringendste bedürfen, durch die Aufnahme sie untertheilweise Modifizieren doch im wesentlichen immerhin konservierende Bestimmungen in ein organisches Gesetz mit dem Schein fortlaufender Lebensfähigkeit auszustatten, um sie, nachdem dieses organische Gesetz ins Leben getreten ist, alsbald in anderer, zeitgemäßer Weise zu regeln!

Das Erb- und Lehnschulzenverhältnis wird da, wo es noch besteht, aufgehoben. Der Gemeinde-Vorsteher, welcher von der Gemeinde-Versammlung zunächst auf 6 Jahre gewählt wird — nach dreijähriger Dienstzeit kann die Wahl auf 12 Jahre oder auf Lebenszeit erfolgen — ist einerseits Ortsbürgermeister und Organ des Amtshauptmanns für die Polizeiverwaltung, andererseits die leitende kommunale Verwaltungsbehörde seines Gemeindebezirks. Sein Amt ist ein Ehrenamt; seine Wahl unterliegt der Befestigung durch den Landrat. — Die selbstständigen Gütsbezirke bleiben bestehen; ihre Inhaber fahren fort, die gesetzlichen Pflichten der Gemeinden zu erfüllen; doch gehen die bisherigen polizei- und obrigkeitlichen Befugnisse auf den Amtshauptmann über. Es sprechen nicht bloß prinzipiell staatsrechtliche Gesichtspunkte gegen die Verbindung des Rechts obrigkeitlicher

Exekutive mit dem Besitz gewisser bevorrechteter Güter; es hat sich auch praktisch gezeigt, daß bei den Inhabern der polizeilich-politischen Gewalt eine immer größere Abneigung vorhanden gewinnt, diesebe in eigener Person auszuüben und es Regel wird, sie bloßen Wirtschaftsbeamten oder Pächtern zu übertragen. — Aus diesem Grunde wird die neue Stellung des Amtshauptmanns als einer „königl. Beamten im Ehrendienst“ geschaffen. Derselbe führt in dem aus Gemeinde- und selbstständigen Gutsbezirken zusammengelegten „Amtsbezirk“ im Namen des Königs die Polizeiverwaltung; er wird daher vom Könige berufen und zwar aus einer Liste von Persönlichkeiten, welche der Kreistag als geeignet für dieses Amt zusammestellt. Nur in dem Falle, wo keine geeignete Persönlichkeit vorhanden oder bereit ist, soll kommissarische Verwaltung angeordnet werden können. Die Kommissare sollen aber, um das Ansehen des Amtes nicht herabzudrücken, nicht aus der Zahl der Subalternbeamten, sondern aus den „zum höhern Staatsdienst befähigten“ entnommen werden. — Aus den Amtsbezirken und den Städten besteht nun der Kreisverband; an der Spitze des Kreises steht der Landrat. Derselbe wird vom Könige ernannt; dem Kreistag steht ein Vorschlagsrecht zu, wie bisher. Der Landrat gibt einen Theil seiner Funktionen an den Kreisausschuß ab; wieder ein anderer Theil, Funktionen von rein lokaler Natur umfassend, wird auf die Amtshauptmänner übertragen. Dagegen tritt der Landrat andererseits als Vorsitzender des Kreisausschusses, also eines Organs der Selbstverwaltung, in einem Kreis von wichtigen Aufgaben ein. Doch hierüber Näheres auszuführen, behalten wir uns vor, wo wir von der „Vertretung und Verwaltung des Kreises“ nach dem Entwurfe der neuen Kreisordnung sprechen werden.

## Deutschland.

**Berlin**, 11. Okt. An den verschiedensten Stellen tritt in dem Entwurf der Kreisordnung, den die Regierung vorgelegt, Einem ein etwas entgegen, was man nur als Misstrauen gegen das Prinzip bezeichnen kann, dessen Realisierung gleichwohl der Entwurf vor Allem dienen soll. Wo immer auf der einen Seite ein Fortschritt zur größeren Selbstständigkeit der Staatsangehörigen in der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten gemacht ist, da steht auf der anderen Seite als Kompensation eine Stärkung der Regierungsgewalt und man wird in den meisten Fällen zweifelhaft bleiben, was dabei für den Fortschritt herauskommt und wo eigentlich das Übergewicht zu liegen kommt. In diesem Geiste ist die Stellung des Amtshauptmanns zur Regierung entworfen und der landräthliche Einfluß hat noch eher eine Erweiterung als eine Verminderung erfahren. In demselben Geiste erfolgt die Bildung des Gemeindevorstandes, die drei Stadien durchläuft: Wahl seitens der Gemeindeversammlung gutachtliche Aeußerung des Amtshauptmanns und Bestätigung des Landrats event. Verweigerung derselben nach Anhörung des Kreisausschusses. Dies letztere Kapitel ist besonders wichtig, denn die Schulzen und Schöffen wählen ja die Kreistagsabgeordneten der Landgemeinden und die Frage entsteht nun natürlich, sind denn diese Schulzen und Schöffen als wirkliche Vertreter der Gemeinden anzusehen und warum ist nicht der Wahlmodus (wie in früheren Entwürfen) durch Wahlmänner beibehalten? Die Regierung giebt sich in den Motiven alle erdenkliche Mühe nachzuweisen, daß der Gemeindevorstand, weil aus der Gemeindeversammlung durch Wahl hervorgegangen, in der That die Gemeinde vertrete und daß man deshalb der Regierung hier keine Abweichung von dem selbststatierten Prinzip vorrücken dürfe. In der That kommt hierauf Alles an, es handelt sich um den Nachweis, daß das Prinzip der Selbstverwaltung an dieser Stelle nicht schon in der Basis gefälscht sei, infofern statt der wirklichen Vertreter untergeschobene

funktionieren. Die Regierung hält ihre Behauptung aufrecht, daß es wirkliche Vertreter seien, aber den Beweis ist sie doch schuldig geblieben und auf liberaler Seite wird man schwerlich jemals das zu erstaunlich machen, daß ein von landräthlicher Bestätigung abhängiger Gemeindevorstand als wirklicher Vertreter der Gemeinde betrachtet werden kann und ebenso wenig der aus den Wahlen der Gemeindevorstände hervorgegangene Kreistagsabgeordnete für die Landgemeinden. Ist aber dies einmal zu verneinen, so erhält das stolze Gebäude der Selbstverwaltung, welches der Regierungsentwurf aufführt, schon an dieser einen Stelle einen bedenklichen Riß. — Im Herrenhause spielt heute die Debatte über die Prämien anleihe in nicht grade glänzender Weise, da es dem hohen Hause an der nötigen volkswirtschaftlichen Kompetenz fehlt, um dem Gegenstand in seiner ganzen Bedeutung gerecht zu werden. Der Handelsminister hält sich reservirt und bestritt nur die Notwendigkeit der Konkurrenz der Landesvertretung, die allerdings mit Zug nicht behauptet werden kann. Einstweilen ist anzunehmen, daß während der Abwesenheit des Königs der ganze Gegenstand wohl auf die lange Bank der Vertagung geschoben werden wird. Im Herrenhaus taucht das alte Projekt des Tabakmonopols wieder auf und die „Kreuzzeitung“ erblickt in ihm das beste Mittel, um das Budget auf die Dauer in die richtige Ordnung zu bringen. Es heißt das wohl nur so viel, daß auch im Herrenhaus die Aussicht auf dauernde Steuererhöhung nicht viele Anhänger hat. Eine ernsthafte Unterstützung dieses Finanzprojekts seitens der Regierung darf nicht erwartet werden.

**Berlin**, 11. Oktober. [Zur Lage in Frankreich. Die Organisation der preußisch-norddeutschen Landwehr. Die diesjährige Remontirung.] Der Ernst der französischen Lage kann unmöglich verkannt werden, ein friedlicher Ausgleich derselben dürfte jedoch, abgesehen von einem ohnehin wahrscheinlichen Hinauschieben der Entscheidung von Seiten der Opposition, schon durch die tief gelösteren Beziehungen der französischen Regierung zu der französischen Armee, wie durch die augenblickliche Isolirung Frankreichs und die Unzulänglichkeit seiner eigenen Macht zu irgend einer großen politischen Aktion bedingt werden. Ein Blick in die französische Militärgorgane genügt, um die eigentlichste Stellung zu kennzeichnen, welche die französische Armee gegenwärtig dem Kaiser gegenüber einnimmt. Auch hat ja die bei der letzten Erkrankung des Kaisers in den französischen Lagern so konsequent festgehaltene Ansicht von der Geringfügigkeit, wo nicht der Simulation seines Uebels eine annähernde Bestätigung erfahren. Die Genesung des Kaisers ist nahezu mit der diesjährigen Aufhebung des Lagers von Châlons zusammengefallen. Noch aufsässiger jedoch spricht für die erwähnte Veränderung das Verhalten der Regierung. Zum ersten Mal seit 1856 haben die in dem genannten Lager versammelten Divisionen nicht, wie sonst üblich, den Jahresmarsch der Armees von Paris gebildet, sondern unter Auflösung ihres bisherigen Verbandes sind die Regimenter derselben in zum Theil weit entfernte Garnisonen verlegt worden. Es braucht aus dieser momentanen Misstrauung allerdings noch nicht gefolgt zu werden, daß die Armees dem Kaiser ihre Mütterlichkeit zu einem Staatsstreit verlieren würde, eher vielleicht das gerade Gegenteil; allein eben um des Drucks willen, welchen derselbe unzweifelhaft auf die ferneren Entschlüsse Napoleon III. ausüben würde, wie um den inneren Stürmen eine ätzende Ableitung zu gewähren, dürfte sich nachdem das Einschlagen einer entschieden kriegerischen Richtung, als nahezu unvermeidlich erwiesen, und um diese aus sich heraus anzutreten, findet sich Frankreich trotz seiner jahrelangen Rüstungen auch jetzt noch nicht entfeindt vorbereitet. Das Maximum, mit welchem dieser Staat in eine große auswärtige Aktion einzutreten vermöchte, beträgt noch keine 700.000 Mann, wovon mindestens 300.000 für den inneren Dienst in Anspruch genommen werden würden. Das große Werk der Bildung der Mobilgarden ist seit anderthalb Jahren noch immer nicht über ein unfruchtbare Listenswesen hinaus gediehen und seit Monaten bereits zu

einem völligen Stillstande gelangt. Bei der Stimmung im Lande darf es aber im höchsten Grade zweifelhaft erscheinen, ob selbst für den äußersten Fall die französische Regierung sich geneigt finden sollte, das doppelschneidige Schwert dieser Volkswehr in Aktivität zu versetzen. Dazu kommt, daß Frankreich durch die unerwartete Wendung der Dinge im Innern selbst mit den ihm bisher zum Nachteil gestandenen auswärtigen Staaten die Fühlung verloren hat, und daß dasselbe demzufolge wenigstens für den Anfang der angekündigten Aktion allein stehen würde. Wie groß die Reaktion des französischen Gouvernements deshalb auch immer sein mag, sich der Verlegenheit, in welche dasselbe sich gegenwärtig verstrickt findet in der Weise von 1852 zu entziehen, so fallen die unabsehbaren Konsequenzen einer solchen Handlung jedenfalls doch zu schwer ins Gewicht, als daß dieselben ihre Einwirkung auf die Entschlüsse des Kaisers versagen sollten, und es bleibt nahezu wunderbar, daß derselbe in ein Wagespiel, wie das, welches ihm ein solcher Schritt bereitet würde, je aus eigener freier Entschließung eintreten sollte. — Für die Organisation der Spezialwaffen ist bei der preußisch-norddeutschen Landwehr bisher erst die eine Bestimmung in Kraft getreten, daß die Landwehrmannschaften der Jäger und Schützen für den Kriegsfall bei jedem der 18 norddeutschen Jäger- und Schützen-Bataillone eine Kompanie bilden werden. Für die Landwehrmannschaften der Artillerie und Pioniere gelten hingegen noch die früheren Bestimmungen, wonach dieselben ohne Bildung eines eigenen Landwehr-Truppenverbands ausschließlich zur Augmentation der Festungs-Artillerie und Festungs-Pionier-Kompanien, wie zur Bildung der Reserve- und Ersatz-Abtheilungen beider Waffengattungen verwendet werden. Für die Landwehr-Kavallerie ist die früher bestimmte Zutheilung der Eskadrons zu den einzelnen Garde- und Linien-Kavallerie-Regimentern wieder aufgegeben worden, und wird mit Eintritt einer Mobilisierung die Errichtung von je einem, resp. zwei Landwehr-Kavallerie-Regimentern bei jedem Armeekorps stattfinden, für welche zunächst die Zuteilung zu den Festungsbefestigungen ins Auge gesetzt ist. Bei der Landwehr der hessischen Division sind das I. und III. hessische Landwehr-Regiment vorläufig noch ohne die Trennung in zwei Bataillonsbezirke und je vier unter einem Bezirkskommando errichtet worden, so daß also tatsächlich zur Zeit die Landwehr dieser Division nicht aus 8, sondern nur 6 Bataillonen besteht. Die Formation der 12 Garde-Landwehr-Bataillone wird in der Art erfolgen, daß je immer von 15 Bataillonen der 194., oder faktisch eigentlich nur 192 Provinzial-Landwehr-Bataillonen, die aus der Garde in dieselben übergetretenen Mannschaften zu je einem Garde-Landwehr-Bataillon zusammenstoßen. Die Kriegsstärke der Landwehr-Bataillone wird nach erfolgter zweiter Augmentation für die Garde- und Garde-Grenadier-Landwehr-Bataillone je 22 Offiziere 802 Mann, für die Provinzial-Landwehr-Bataillone je 18 Offiziere 602 Mann betragen. Die volle Stärke der vorzugsweise aus diesen Landwehrmannschaften gebildeten Besatzungsgruppen wird für die gesamte norddeutsche Armee nach erreichter Ausfüllung der aufgestellten Etats 204.124 Mann exkl. 6400 Offiziere mit 21.723 Pferden und 234 Feldgeschützen betragen. — Mit der Remontirung in diesem Herbst darf die Errichtung des künftigen Normalstandes für den Pferdebestand der preußisch-norddeutschen Armee als erwirtt angesehen werden. Auf zusammen 279 Remonte-Märkten sind dazu von den vier Remonte-Kommissionen in diesem Jahr 6432 Remonten angekauft worden, für welche sich der Durchschnittspreis auf je 150 Thlr. gestellt hat. Es würde danach bei 63.718 Pferden, welche auf dem Friedensfuß sich etatsmäßig bei der norddeutschen Armee befinden, der jährliche Ertrag derselben durch die Remontirung etwa auf ein Neuntel vorgehen sein und einen jährlichen Kostenaufwand von nahe einer Million beanspruchen. Das XII. sächsische Armeekorps partizipiert jedoch an dem preußischen Remonte-Ankaufsverfahren noch nicht, da die für dieses Armeekorps erforderlichen Pferde nach dem seit lange in Sachsen hervorgebrachten Verfahren noch freihändig von den Lieferanten aufgekauft werden.

— Der „St.-Anz.“ enthält einen allerhöchsten Erlass vom 20. Sept. d. J. betreffend die Ertheilung der Cermächtigung zur Ausstellung von Noten auf weitere 10 Jahre an die Rittershaftliche Privatbank in Pommern.

— Die „N. A. Z.“ schreibt: Wie wir hören, haben zunächst die katholischen Vereine durch eine Deputation, und demnächst der Propst an St. Hedwig und fürstbischöfliche Delegat, Herr Karler, durch ein ziemlich formloses Anschreiben den Polizei-Präsidenten v. Wurmb dazu bestimmt, in Berlin Versammlungen zum Zwecke der Verpredung der Klosterfrage und überhaupt katholischer Angelegenheiten nicht ferner zu dulden. Die Antwort ist begreiflich dahin ausgefallen, daß die preußische Verfaßung das

## B. Der Krieg und die Menschlichkeit im 19. Jahrhundert.

La guerre et l'humanité au 19me siècle par Leonce de Cazenove, Paris 1869 ist der Titel eines soeben erschienenen Werkes, geschrieben von einem Verfasser, der es sich zur einzigen Lebensaufgabe gestellt hat, durch seine rastlosen Bestrebungen mitzuwirken, die Leiden des Krieges zu mildern. Der Krieg ist eine grausame Notwendigkeit, der ewige Weltfriede bis jetzt leider nur ein Phantasiegebilde.

Das vorliegende Werk zerfällt in 4 Hauptabschnitte. Der erste Hauptabschnitt behandelt die Gräuel der Schlacht bei Solferino, welche die Veranlassung gaben, daß internationale Kongresse in Genf (geschlossen am 29. Oktober 1863), um das Los der verwundeten Krieger zu verbessern. Die Konvention selbst wurde am 22. August 1864 unterzeichnet. Die Hauptartikel dieser denkwürdigen Übereinkunft sind folgende: 1) Die Lazaretts und Verpflegungsorte für verwundete Krieger werden für neutral (gleichbedeutend für Freund und Feind) erklärt, so lange sich Kranke und Verwundete darin befinden. 2) Das Personal der Aerzte, Heilspieler, Krankenträger, Verpflegungsbeamten, Geistlichen u. s. w. wird für so lange neutral erklärt, so lange sie sich der Heilung und Verpflegung widmen. 3) Diese Neutralität besteht fort, auch wenn die Lokalitäten vom Feinde okkupiert werden; nach Beendigung ihrer Funktionen wird den oben genannten Personen ungehinderte Rückkehr zu den Thieren zugesichert. 4) Sie dürfen jedoch nur ihr persönliches Eigenthum mitnehmen, während das Lazarethmaterial in Feindes Hand übergeht. 5) Die Einwohner des Landes, welche Verwundete aufnehmen und verpflegen, werden befreit von Einquartirung und Kriegsgefangenschaft. 6) Bei der Verpflegung von Verwundeten wird kein Unterschied zwischen Freund und Feind gemacht; nach ihrer Heilung werden sie zu den Thieren unbehindert zurückgeschickt, dürfen aber, wenn sie noch kämpftfähig sind, während desselben Krieges nicht wieder die Waffen ergreifen. 7) Die Häuser, worin Verwundete liegen, werden durch eine Fahne bezeichnet mit rothem Kreuze auf weißem Grunde, während das Hilfspersonal erkennbar ist durch eine eben so gezeichnete Linie um den Arm.

Die ersten Unterzeichen dieser Übereinkunft waren der Kaiser der Franzosen, die Könige von Preußen, Belgien, Dänemark, Italien, Niederlande, Portugal und Württemberg, die Königin von Spanien, die Großherzog von Baden und Hessen-Darmstadt, endlich die schweizerische Eidgenossenschaft. Später traten hinzu die Könige von Schweden und von Griechenland, der Sultan, die Königin von England und der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin; erst während des Krieges im Jahre 1866 am 30. Juni der König von Bayern, am 21. Juli der Kaiser von Österreich, am 25. Oktober der König von Sachsen; im Jahre 1867 der Kaiser von Russland, im Jahre 1868 endlich der Papst. So haben eigentlich alle europäischen Mächte sich einer gegenseitigen Übereinkunft vereinigt, die für alle Kontrahenten eben so ehrenvoll, wie vortheilhaft ist.

Der erste Hauptabschnitt des genannten Buches enthält nun alle deswegen abgeschlossenen Verträge unverkürzt in der Originalsprache.

Der zweite Hauptabschnitt enthält eine Schilderung der Ausführung und Verwirklichung der Genfer Übereinkunft im Kriege zwischen den nordamerikanischen Nord- und Südstaaten; es wird ferner umfänglich berichtet, was von preußischer Seite nach der Schlacht von Königgrätz geschehen ist und die Teilnahme anerkannt, welche die Königin von Preußen der Pflege verwundeter Krieger gewidmet hat; ebenso werden die Verdienste aufgezählt, welche sich in dieser Beziehung der Prinz Alexander von Hessen bei der Kriegsführung im westlichen Deutschland erworben hat; schließlich wird der veripate Beitrug von Österreich zur Genfer Übereinkunft erwähnt, und über die Veranstaltungen berichtet, welche in letzter Zeit dafür in Österreich, namentlich auch unter Mitwirkung der kaiserlichen Familie, getroffen worden sind.

Der dritte Hauptabschnitt beschäftigt sich hauptsächlich mit Frankreich. Nach einer historischen Aufzählung dessen, was dort seit mehreren Jahrhunderten für die Verpflegung verwundeter Krieger geschehen ist, wird über die Zusammenziehung des französischen Zentralomitee zu Paris und über seine Statuten berichtet; nachher über die zahlreichen Zweigvereine, die über ganz Frankreich verbreitet sind und während des Friedens sich vollständig organisiert, um für die Eventualität eines Krieges sogleich in Kraft zu treten. Eine be-

sondere Seite der Weltausstellung in Paris war die Abtheilung, welche den Gegenständen gewidmet war, die dazu bestimmt sind, die Leiden der verwundeten Krieger zu lindern und ihnen möglichst schnell Hilfe zu verschaffen. Die Ausstellung war eine sehr reichhaltige und von allen zivilisierten Ländern besichtigt worden, auch Preußen hatte sich dabei zahlreich beteiligt und erhielt die große goldene Medaille folgende Aussteller: Ihre Majestät die Königin Augusta, Ihre Egl. Hoheiten die Frau Kronprinzessin und die Prinzessin Karl, der Johanniterorden, die barthärzigen Schwestern, der Graf Stolberg-Wernigerode und der Professor v. Langenbeck. Vieles der damals ausgestellten Gegenstände sind zu einem internationalen Museum vereinigt worden, das in einem Saale des Invalidenhauses zu Paris errichtet worden ist, wo man leicht eine Übersicht gewinnt über alle möglichen Einrichtungen der Krankenpflege im Kriege. Schon während der Ausstellung zu Paris fand vom 26.—31. Aug. 1867 eine internationale Konferenz statt, welche sich damit beschäftigte, die Übereinkunft von Genf weiter fortzubilden; zu gleichem Zweck fand in Berlin im April d. J. ein internationaler Kongress statt, zu welchem von Seiten Frankreichs der Verfasser des vorliegenden Buchs, Herr Leonce de Cazenove deportirt war. Auf Veranlassung der Kaiserin Eugenie wurde schon 1867 die Fürsorge für die Verwundeten ausgedehnt auf die Marine und die Seekriege, welcher Beschuß durch die internationale Konferenz zu Genf sanktionirt wurde, zu welchem eigene durch ihren äußeren Anstrich eindrucksvolle Schiffe ausgerüstet werden sollen mit neutraler Flagge und Schiffsbemannung.

Der vierte Schlussabschnitt des Werkes beschäftigt sich mit der Universalität der wohlthätigen Fürsorge für die in Land- und Seekriegen Verwundeten und legt Rechenschaft ab von den zu diesem Zwecke in allen zivilisierten Ländern zusammengetretenen Vereinen und getroffenen Veranstaltungen. In dieser Bezeichnung nehmen namentlich eine hervorragende Stellung ein: Österreich, Baden, Bayern, Belgien, Brasilien, der Norddeutsche Bund (auch mit Zweigverein für das Großherzogthum Posen), welcher eine eigene Zeitschrift: „Kriegerheil“, redigirt vom Professor Gerl in Berlin, herausgibt, Spanien, Vereinigte Staaten von Nordamerika, Frankreich, Hessen-Darmstadt, Italien, Niederlande, Portugal, Russland, Schweden und Norwegen, Schweiz, Türkei, Württemberg.

Das Werk des Herrn Leonce de Cazenove zeichnet sich ebenso aus durch seinen Inhalt, wie durch die interessante Darstellung, und kann als ehrwürdiges Zeugniß gelten für die Humanitätsbestrebungen im 19. Jahrhundert.

## Schul- und Unterrichtsschriften.

**Stoa.** Zeitschrift für die Interessen der höheren Läutererschulen. Im Verein mit deutschen Amtsgenossen herausgegeben von Dr. F. Hermes, Berlin, Verlag von J. Guttentag.

Während den Lehrern der höheren Knabenschulen seit langer Zeit eine ganze Reihe von Zeitschriften zu Gebote steht, in welchen sie Fragen der Methodik der Schulwissenschaften, sowie Fragen der Schulpädagogik und der älteren Schulangelegenheiten erörtern oder erörtern finden können, haben die berufenen Lehrer der weiblichen Jugend bis zum Jahre 1868 ein entsprechendes Organ entbehren müssen. Kein Wunder, daß, als Dr. F. Hermes in Berlin, mit achtungswertem Muthe der Initiative seine „Säulenhalle“ für die geistigen Verkehre der Mädchenerzieher öffnete, sich überall die regte Theilnahme zu erkennen gab. Gegenwärtig erstreckt sich, „in weiten, stets geschweiften Bogen“ anwachsend, der Kreis der Leser und Mitarbeiter schon über die anheren Grenzen Deutschlands hinaus. Die ersten Hefte des zweiten Bandes, welche uns vorliegen, zeigen, daß es der geringste Vorzug dieser Zeitschrift ist, Vieles und damit Vieles etwas zu bringen. Der Geist, in dem die großen Mehrzahl der Mitarbeiter eins ist, fügt sich in den ersten Hefte (für Januar und Februar 1869) unter der Rubrik „Schuleinrichtungen“ einen zur „Schulansprache“ überschriebenen Aufsatz des Direktors Mr. Buchner in Krefeld, von dem dringend zu wünschen ist, daß er nicht nur bei Lehrern, sondern auch bei Eltern und, at last bei not at least, bei städtischen und Staatsbehörden Beachtung finde. In wesentlicher Übereinstimmung mit einer Anzahl ärztlicher Autoritäten weist Mr. B. nach, wie gesundheitsschädlich und fast in jedem Sinne unzweckmäßig

unsere jetzigen Schultische und Schulbänke sind. Auf Grund eingehender und umfänglicher Untersuchungen schlägt er zweiflügige Pulte von ungleicher Größe mit einer Zoll unter die schräge Tischplatte vorgeschobenen Bank und einem Fußbrett vor, eine Einrichtung, welche auf direkte Einsicht empfehlt wird. Auch die wichtige, vielleicht für Mädchenschulen anders als für Knabenschulen zu lösende Frage der Besetzung des Nachmittagsunterrichts wird hier von Berücksichtigung in entgegengesetztem Sinne besprochen. Unter den wissenschaftlichen Abhandlungen zeichnet sich die Weiberfrage durch Gediegenheit und Fruchtbarkeit für den Sprach- und Litteraturlehrer aus, während eine Abhandlung über die Mutter Jesu wohl ebenso gut hätte ungedruckt bleiben können. Eine Dame schreibt „zur Pestalozzi-Fröbelischen Methode“ mit finniger Verschwommenheit und es gehabt des jetzt zur Repetition gewordenen, ungelenken mutierat in ecclesia. Doch verschwindet das wenige, dessen man leicht entdecken könnte, unter der Menge des Werthvollen. Neben Programme höherer Töchterschulen wird eingehender Bericht erstattet und eine Revue der pädagogischen Literatur vermehrt noch die Rücksicht der empfehlenswerthen Beiträge.

**Die Ball- u. Turnspiele Friedr. Fröbels.** Für Haus, Kinder-

garten und Schule bearbeitet von Hermann Pöschle, Neu-Ruppin, Alfred Heynigke. — Mr. Pöschle, welcher Erzieher und Lehrer am Friedrichs-Waisenhaus der Stadt Berlin ist, hat sich schon vor einer Reihe von Jahren durch mehrere Schriften über einzelne Seiten der Fröbel'schen Methode rühmlich gemacht. Seine Begeisterung für diese Methode, welche er eine fundamente Bedeutung für das gesamte Erziehungswesen zuschreibt, entspringt aus der gründlichsten Vertiefung in Theorie und Praxis, welche ihn zu freier Begeisterung des ganzen Stoffes erhebt. Die uns vorliegende Schrift soll mitwirken zu demselben Zweck, wie die früheren: sie soll „die Mittel des Kindergartens“ soweit entwickeln, daß sie mit den bewährten Mitteln der Volksschule verschmolzen und organisch verknüpft werden.“ Mit einfallsreicher Bescheidenheit beschränkt sich der Verfasser hier auf die gegenwärtige, oder vielmehr gymnastisch-pädagogische Seite der Fröbel'schen Erziehung, sammelt das zerstreute Material und ordnet es zu einem vortrefflich abgeschlossenen, höchst übersichtlichen Lebhang. Den Spielen der zweiten und dritten Klasse sind die Spiellieder mit ihren Melodien beigegeben, einige Abbildungen veranschaulichen noch das mit Worten so klar Entwicklung. Das Buch ist dem ganzen weiten Kreise gelehrt und ungeliebter Erzieher kleinerer Kinder, vor allem den Müttern, aufs Dringendste zu empfehlen.

**Deutsche Sprachlehre für Erwachsene.**



der irischen Stadt Newry ist eine sonderbare nächtliche Ruhestörung vorgekommen. Die Glöckner der katholischen Kathedrale gingen um Mitternacht an zu läuten und es verbreitete sich das Gerücht, die Kirche werde zerstört. Die Katholiken zogen zu Tausenden aus und auch Militär und Polizei waren bald auf den Bühnen. Zwischen den Katholiken und Orangisten kam es darauf zu einer Schlägerei, bei welcher mehrere Schüsse abgefeuert wurden, doch trug Niemand eine ernsthafte Verlezung davon; der bewaffneten Macht gelang es bald, die Ordnung wieder herzustellen.

### Schweden und Norwegen.

Stockholm, 10. Okt. Die chinesische Gesandtschaft ist heute Abend 6 Uhr nach Kopenhagen abgereist, woselbst sie 8 bis 14 Tage verweilen wird. Der König von Schweden hat dieselbe sehr freundlich aufgenommen.

### Rußland und Polen.

Warschau, 9. Okt. Nachdem für das Jahr 1869 in Polen keine Rekrutenaushebung stattgefunden hat, wird die nächste Rekrutierung im Februar 1870 stattfinden und werden hierzu die Akterschäffen 1869 und 1870 zugezogen werden.

□ Rolo, 7. Okt. Die Uebergriffe der Bauern gegen das Eigenthum des Grundherren würden nicht so überhand genommen haben, wenn die Behörden von vornherein die eingegangenen Klagen gehörig beachtet und nicht durch ihren Indifferentismus in dieser Beziehung die Bauern in dem Wahne, als seien die Guissherren ihnen gegenüber ratsch- und rechtlos, bestärkt hätten. Im Leczyzer Kreis ist es vorgekommen, daß einem Bauern, der von der an seinem Acker stehenden herrschaftlichen Wiese zwei Morgen umgespült hatte, das widerrechtlich umgedrehte Land als Eigentum zugesprochen, und einem andern das Hütungsgesetz in einer herrschaftlichen Schönung zugesprochen wurde, weil er über zwei Monate heimlich sein Vieh in derselben geweidet hatte. Die hiesige Kreisbehörde ist in einem ähnlichen Falle ganz anders vorgegangen. In Gr. hatten nämlich mehrere der Ackerbürger ihre Pferde geradezu in den Weizen des Grundherrn gesetzt und sie dort weiden lassen. Der Feldwächter fing einige der Pferde auf, führte sie in eine Scheune des Gr. gelegenen Vorwerks, verschloß diese und ging auf das Hauptgut, um die Sache anzuziehen. Als er zurückkam, fand er die Scheune erbrochen und die abgepfandeten Pferde abgeführt. Die Eigentümmer waren in Begleitung einer Anzahl anderer Bauern gekommen, hatten die Schlosser der Scheune zerbrochen und die Pferde mit sich genommen. Die hiesige Kreisbehörde, unter welche Gr. gehört, ließ sofort, als sie von der Sache Kenntnis erhalten, die betreffenden Leute durch Gendarmen holen, und hat sie nach Bestellung des Thatbestandes an die Kriminalbehörde nach Leczyce abgeführt. Dieser Verfahren erregt unter den Bauern Aufsehen und wird jedenfalls nicht ohne gute Wirkung bleiben.

### Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 9. Oktober. Der Großvezier und die vom Sultan zum Empfange des Kaiserin beauftragten Offiziere erwarten dieselben morgen Abend an den Dardanellen zu treffen. Es läuft sich mit einiger Sicherheit annehmen, daß der Vicekönig von Egypten in der nächsten Woche während des Aufenthalts des Kaiserin Eugenie gleichfalls hierher kommen wird. Seitens Persiens und der Türkei ist eine gemischte Kommission eingesetzt, um einen Handelsvertrag der mit den europäischen Mächten abgeschlossenen auszuarbeiten. Das sogenannte politische Testament Tuad Paşa ergibt sich jetzt bestimmt als ein untergeordnetes Nachwerk.

Bei dem bevorstehenden Besuch des Kronprinzen ist die sofortige Ernennung eines preußischen Gesandten hierfür nothwendig erachtet worden, Graf Kaufling, der bisherige Generalkonsul in Bukarest, ist, wie die "Kr. Z." vernimmt, dazu ernannt worden.

Bukarest, 7. Okt. General Macedonski, der Kommandant der Garnison von Bukarest, dessen Ernennung in der vorigen Kammer eine heftige Opposition hervorrief, ist heute gestorben.

### Griechenland.

Athen, 10. Okt. Die Kaiserin der Franzosen ist heute Abend um 8 Uhr hier eingetroffen und wird morgen Abend die Reise nach Konstantinopel fortsetzen.

### Amerika.

Newyork, 10. Okt. Der Finanzminister Boutwell hat am Sonnabend in Philadelphia eine Rede gehalten, in welcher er dringend zur Unterstützung der Regierung aufforderte. Er erklärte sich gegen eine Vermehrung des Papiergebotes und sprach sich für die Bezahlung des Staatschuld in Gold oder einem Äquivalent aus. Die gegenwärtige Besteuerung erlaubt eine jährliche Verminderung der Staatschuld um 100 Millionen Dollars. Er glaubt, das zunehmende Vertrauen des Publikums werde es der Regierung ermöglichen, eine Fundirung der Schuld herbeizuführen, so daß die Zinsen nicht mehr als 4½ p.c. betrügen. Schließlich befürwortete der Finanzminister eine Erhöhung der Burgsteuer.

### Vom Landtage.

#### 3. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 11. Oktober. Eröffnung um 1 Uhr. Am Ministerisch Fr. v. d. Heydt, Graf Izenpitzl, Graf Cullenburg und v. Selchow. Die Tribünen sind gefüllt. Von den Herren sind etwa 50 anwesend. Der Minister des Innern macht in einem Schreiben die Mittheilung von der Neuberufung des Professors Dr. Friedländer (Königsberg) in das Herrenhaus auf Lebenszeit. Vom Finanzminister sind 280 Exemplare der Uebersicht von der Staatseinnahme und Ausgabe des Jahres 1868 und der Nachweisung von den Staatsüberschreitungen und den extraordinairen Ausgaben desselben Jahres, sowie eine gleiche Anzahl Exemplare von der allgemeinen Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres 1866 eingegangen. Das Abgeordnetenhaus hat Mittheilung seiner Konstituierung gemacht. Die Fach- sowie die bis jetzt beschlossenen besonderen Kommissionen haben sich konstituiert.

Herr v. Below mit 20 Genossen hat folgenden Antrag eingereicht: die Regierung zu ersuchen dahin zu wirken, daß dem Zollparlamente möglichst bald ein Gesetzentwurf, betr. die Einführung eines Tabakmonopols innerhalb des Gebiets des Zollvereins vorgelegt werde. Motive: Die Nothwendigkeit einer dauernden Abwehr eines Defizits im Staatshaushalt und die gleichzeitige Möglichkeit bei den notorisch hohen und festen Einnahmen aus einem Tabakmonopol — die drückendsten direkten Staatssteuern, so wie diejenigen Zölle und indirekten Steuern, welche bei geringen Reinerträgen nutzlos Handel und Verkehr hemmen — zu ermäßigen. Die Aufforderung, dem bewährten Fortschritt in der Besteuerung des Tabaks in fast sämtlichen europäischen Staaten endlich zu folgen. (Unterzeichnet vom Grafen Lippe, v. Senft, v. Coq u. s. w.)

Der Präsident schlägt vor, den Antrag der Finanzkommission, Herr Wilkens der Budgetkommission zu überweisen, weil zugleich die Frage untersucht werden müsse, ob ein dauerndes Defizit vorhanden sei, das allein eine Vermehrung der Steuereinnahme ertheile.

Herr v. Below: Das sei gleichgültig, da in den Motiven zu seinem Antrage ausdrücklich gesagt sei, daß die aus dem Monopol sich ergebenden Einnahmen, soweit sie das Defizit überschreiten, eine Ermäßigung der andern Steuern zur Folge haben sollen. Der Antrag wird der Finanzkommission überwiesen.

Der Handelsminister bringt das Gesetz, betreffend die Entziehung und Beschränkung des Eigenthums um des allgemeinen Nutzens willen, ein, das schon im vorigen Jahre vorgelegen. Bei der Wichtigkeit des Gesetzes empfiehlt er dasselbe einer besondern Kommission zu überweisen, damit es möglichst bald an das Abgeordnetenhaus gelangen könne. — Das Haus bestätigt dem Wunsche des Ministers gemäß.

Nach der Veredigung 4 neuer Mitglieder legt noch der Minister für Landwirthschaft, v. Selchow, einen Gesetzentwurf vor, betreffend die wirtschaftliche Zusammenlegung der Grundstücke als Zusagbestimmung zu der Gemeintheitsheilung von 1721. Die Materie ist schon früher in beiden Häusern behandelt und das Bedürfnis, den § 3 des Gemeintheitsheilungsgesetzes abzuändern, in mehreren Provinzen befindet. Im Jahre 1859 sprach das Abgeordnetenhaus in einem Antrage die Erwartung nach einer solchen Vorlage aus. Die Regierung zog die Angelegenheit in Erwagung und beschloß, mit dem Gesetz nicht vorzugehen. Darauf formulierte im Jahre 1861 das Abgeordnetenhaus selber einen Gesetzentwurf wegen Zusammenlegung der Grundstücke. Derselbe wurde im Abgeordnetenhaus auch angenommen, im Herrenhause jedoch abgelehnt, weniger aus prinzipiellem Widerstande, als weil man zuvor die einzelnen Provinziallandtage über das

Bedürfnis gehörten haben wollten. Darüber blieb die Sache liegen, indessen wurden die Stimmen aus den Provinzen immer lauter, denen sich die Regierung nicht länger verschließen konnte. Dem früheren Beschlüsse dieses Hauses, die Provinziallandtage über das Bedürfnis zu hören, hat die Regierung jedoch nicht bestimmen können, weil es sich um ein allgemeines Bundesgesetz handelt. Inzwischen hat nun die Lage der Sache eine Veränderung erlitten: in Hannover, in Kurhessen, in Nassau und im Bereich des Justizienats zu Ehrenbreitstein, wo die Gemeintheitsheilung von 1721 nicht in Geltung ist, besteht bereits ein allgemeines Zusammenlegungsgesetz, ohne daß ein communio honorum nachgewiesen ist. Die Rücksicht hierauf hat die Regierung über die Skrupel, die sie sich selbst mache, fortgeholfen. In das gegenwärtige Gesetz sind nun folgende Modernisierungen hineingebracht: um die Stimme des Landes über das Bedürfnis zu hören, soll in jedem Hause der Kreistag gehörig werden und die absolute Majorität der Grundbesitzer erforderlich sein, um die Zusammenlegung der Grundstücke zu fordern; wo die Zusammenlegung aber bereits stattgefunden hat, da ist in dem Gesetz verboten, daß in einer solchen Gemeinde ein neues Verfahren begonnen werde. Mit diesen Verbesserungen, hofft die Regierung, wird das Gesetz Annahme finden. — Dasselbe geht an die für das Expropriationsgesetz beschlossene besondere Kommission.

Der Präsident läßt die Interpellation des Grafen Münster verlesen, welche lautet: Dem Vernehmen nach beabsichtigt die k. Staatsregierung, die Konversion zu einer Prämienanleihe von 100 Millionen Thalern einem Konkurrenz von Bankhäusern zu ertheilen. An die k. Staatsregierung richte ich die Anfrage: 1) ob diese Absicht bei der k. Staatsregierung wirklich vorhanden ist? 2) ob, wenn diese Absicht vorhanden, die gebaute Prämienanleihe ohne Konkurrenz der Landesvertretung bewilligt werden soll?

Der Präsident richtet an das Staatsministerium die Frage, ob die Interpellation zu beantworten Willens ist? Der Handelsminister Graf Jenpitzl bejaht diese Frage.

Graf Münter: M. H.! Als im Sommer dieses Jahres die Nachricht durch die Zeitungen ging, die Staatsregierung beabsichtige, einer Aktiengesellschaft die Konversion zu einer Prämienanleihe bis zu der enormen Summe von 100 Millionen zu ertheilen, hielt ich das Anfangs für einen Zeitungsangriff gegen die Regierung, ja für eine Verleumdung. Ich bin nämlich von jeher der Ansicht gewesen, daß die preußische Finanzverwaltung sich stets vor allen anderen in Europa durch große Vorsicht auszeichne. Es würde mir jetzt doppelt leid sein, wenn ich dies Vertrauen verlieren sollte und ich kann nicht leugnen, daß die Fortdauer des erwähnten Gerüchtes mich ernstlich beunruhigt. In allen Kreisen der Bevölkerung, namentlich unter den Grundbesitzern, ist die Besorgniß hoch gestiegen. Der Grundbesitz glaubt, daß er ein Recht habe, als Lieblingkind der Staatsregierung hier in erster Linie gehört zu werden, er fürchtet, daß er durch ein Vorgeben dieser Art zum Stieffinde werden könnte. Auch in den beiden Häusern des Landtags gibt sich dieselbe Misstrauensstimmung und, ich habe geglaubt, daß es der k. Regierung angenehm sein müsse, diese Besorgniß und Misstrauensstimmung dadurch zu beseitigen, daß sie auf die erste Frage unserer Interpellation mit einem kategorischen Nein antwortet. Es ist unsere Absicht allerdings nicht gewesen, die Kompetenz der Regierung irgendwie bestreiten zu wollen; sie hat unzweifelhaft das Recht auf eigene Hand in dieser Frage nach Belieben zu beschließen. Aber will sie die ganze Maßregel auf eigene Verantwortung vornehmen und hält sie es nicht vielmehr für zweckmäßig und nützlich, über solche Konventionen in Zukunft gesetzliche Bestimmungen zu erlassen? Ich hoffe, daß der hr. Minister im Stande sein wird, durch eine befriedigende Antwort die von mir entwickelten Besorgnisse zu beseitigen.

Der Präsident fragt den Handelsminister, wann er die Interpellation zu beantworten gedenkt?

Der Handelsminister: Sofort. Er verliest folgende Erklärung: Die Staatsregierung ist Prämienanleihen mit angemessenen Gründen und für Zwecke, welche dem Lande nützen, prinzipiell nicht entgegen. Für Staatszwecke sind Prämienanleihen durch die Schändung im Jahre 1832 und ferner im Jahre 1854 ausgegeben worden. (Gesetz-Samml. von 1854 pag. 585.) Auch von und für Aktiengesellschaften und zu Zwecken, welche dem Lande zum Vorteile gereichen, verwirft die Staatsregierung Prämienanleihen im Prinzip nicht. Demgemäß hat die Staatsregierung gegen das von der Direktion der Diskontogesellschaft angelegte Projekt, den Geldbedarf, dessen vier großen Eisenbahngesellschaften für allgemein nützliche Anlagen in den nächsten Jahren benötigt sind, durch eine Prämienanleihe zu beschaffen, nicht ablehnend verhalten. Es sind vielmehr in Bezug hierauf zwischen ihr und den Eisenbahngesellschaften Verhandlungen gepflogen worden, welche zur Vorlegung des Entwurfs eines dieser Gesellschaften zu ertheilenden Privilegiums zur Kontrahierung einer Prämienanleihe im Gesamtbetrage von 100 Millionen geführt haben. Auch sind zwischen den Eisenbahngesellschaften und der Diskontogesellschaft Verabredungen wegen fester Übernahme der ganzen Prämienanleihe getroffen worden. Die Verhandlungen zwischen der Staatsregierung und den Eisenbahngesellschaften sind zum Abschluß noch nicht gekommen. Nachdem dies geschehen, werden die Fachminister das Resultat dem Staatsministerium vorlegen und dies wird über die eintretenden Fällen von Sr. Maj. zu erbitte die Genehmigung zu beschließen. Erheilt ist mithin ein Privilegium zu der bereitgestellten Prämienanleihe noch nicht. Wenn die Staatsregierung nach Erwagung aller Verhältnisse, und vorausgesetzt, daß Verpflichtungen für den Staat nicht übernommen, noch der Staatshaushalt irgendwie betroffen wird, die Genehmigung zu den betreffenden Prämienanleihen befürworten soll, so bedarf es nach Verfassung und Gesetz dazu wohl der Genehmigung Sr. Maj., aber nicht der Konkurrenz der Landesvertretung.

Auf den Antrag von 30 Mitgliedern beschließt das Haus in eine Diskussion über die Interpellation einzutreten. zunächst äußert sich Graf Ritterberg gegen die projektierte Prämienanleihe mit Rücksicht auf die daraus resultierende Erhöhung des Zinsfußes im Allgemeinen und die nachtheilige Rückwirkung dieser Erhöhung.

Herr v. Below: Die unerwartete Erklärung der Regierung negirt den stiftlichen Grundsatz, daß der Mensch im Schweige seines Angehörigen arbeiten soll und regt in deprivater Weise die Spielwürfel und die Leidenschaft der Massen auf. Eine Prämienanleihe wäre nur im äußersten Notfall, im Falle einer Finanzkalamität zu rechtfertigen. Läßt man sie aber im Allgemeinen zu, so werden alle Institute dieses Mittels sich bemächtigen und eine Landeskalamität erzeugen.

Dr. Wilkens: Was nicht verboten ist, ist erlaubt, und Prämienanleihen sind nicht verboten. Der oberste Gerichtshof hat auf Grund von Verfolgungen gegen die Ankündigung von Prämienanleihen und Promotionsgeschäften, welche die Staatsanwaltschaft mehrfach in guter Absicht eingeleitet hat, jedesmal entschieden, daß der Paragraph des Strafgesetzbuchs, der von den Hazardspielen handelt, auf Prämienanleihen nicht anwendbar ist. Auch dürfen sie nicht in die Klassen der Lotterien gesetzt werden. Von den letzten unterscheiden sie sich sachlich dadurch, daß der Inhaber eines Lotterielos, das nicht gewinnt, seine Kapitalsanlage verloren hat, während der Inhaber eines Prämieneffektes seine Kapitalsanlage unter allen Umständen behält und noch einen angemessenen Zinsgenuss hat, nämlich 2 Proz. mit Zins und Zinseszinsen, wenn er eine Prämie von 50 Thlr. genommen und im letzten Jahre eine Rente gezogen hat. So ist es also gewissermaßen eine Sparlasse, eine Altersversorgung, mit der sich jeder aussteuern kann, und eine solche ist mit jeder gut berechneten, solide organisierten Prämienanleihe verbunden. Es liegt also nach unserer preußischen Gesetzgebung (und das deutsche Handelsgesetzbuch verbietet ebenso wenig Prämiengeschäfte zu machen) nicht ein einziger Anlaß für die Regierung vor, prinzipiell Konzessionen zu Prämienanleihen zu verfassen. Die Herren Vorredner sind sehr wohl legal befugt ihre Gesellschaften mit Prämienanleihen zu belasten, ohne eine Konzession der Regierung aufzusuchen. Darum war es mir betrübend zu hören, daß es sich um ein Privilegium handle, welches Gesetzinstanzen gegeben werden sollte. Aber dem ist nicht so. Das Privilegium oder besser gesagt, die Criaubank ist in diesem Fall aus besonderen Gründen erforderlich gewesen. Erstlich weil die, die das Geschäft machen wollten, gewissermaßen minoren waren: Eisenbahngesellschaften, die nach ihren Statuten dem Fiskus einen Anteil einzuräumen haben, daher unter Leitung des Staates stehen und deren Direktionen ohne Genehmigung des Handelsministers kein Finanzgeschäft abschließen dürfen. Aber eben so klar ist, daß das Handelsministerium bei Erwagung der Frage, ob es mit den Direktionen ein solches Geschäft abschließen solle, das jeder Rittergutsbesitzer ohne Weiteres machen könnte, die besondern Verhältnisse des Eisenbahngewerbes in Betracht zu ziehen hätte. Der zweite Grund, weshalb in diesem Falle sogar die Genehmigung der Krone erforderlich gewesen ist, liegt in dem Umstande, daß die Emittenten dieses Papiers es mit fester Zinsabzahlung und Kupons ausrusten wollen und nicht als Inhaberpapier ohne Kupons und Zinszahlung. Solche kann in Preußen Federmann ohne Genehmigung emittieren, sobald sie nur nicht das Zahlungsversprechen einer bestimmten Geldsumme zu einer bestimmten Zeit enthalten. Im täglichen Verkehr haben wir ganz dasselbe. Was sind denn alle Abonnements-Märkte, Theater- und Konzert-Billets anderes als lettres au porteur? Die Kreirung von Inhaberpapieren ist die wissenschaftlich richtige Form überall da, wo der Mensch nicht als Person sondern nur als Quantität in Betracht kommt, daher an und für sich Federmann erlaubt. Nur ein Spezialgesetz könnte anscheinend für das Gegenteil angeführt werden, die Kabinettsordnung vom 17. Juni 1833, die auf dem Münzregal beruht und deren Absicht dahin ging, die Kreirung von Geldzeichen zur Detektion unseres Papiergebotes zu verbieten. Sie bestimmt, daß ein landesherrliches Privilegium erforderlich sei, wennemand auf den Inhaber lautende, eine Verpflichtung zur Zahlung einer bestimmten Geldsumme enthaltende Papiere ausstellen wolle, nimmt aber sofort im nächsten S davon die Wechsel aus. — Auf eine an ihn gerichtete Frage, ob er, wenn er zur Zeit noch Sch. Oberfinanzbeamter wäre, zu der Prämienanleihe ratzen würde, hat Federmann vor einigen Monaten geantwortet: ja, aber der Konsistat müßte sie machen, nicht ein einzelnes Institut. Für den Staat würde eine große Prämienanleihe ein wirksames Mittel sein, die unerlässliche Unifikation der Staatschuld zu ermöglichen und den Staat der Staatschuldenverwaltung zu erleichtern. Den gegenwärtig beschiedet Federmann sich in der sichern Voraussetzung, daß die Finanzverwaltung diesen Gesichtspunkt ebenfalls inzwischen erwogen hat, und bekämpft die Ansicht der Gegner, daß die projektive Prämienanleihe den Interessen des Grundbesitzes zuwider sei; gerade umgekehrt werde der Wert derselben steigen, wenn durch Gewinnziehung von 50 Mill. fremden Kapitals das Geld billiger werde.

Dr. Hasselbach: Der Vorredner ist für die Gewährung der Anleihe, weil sie ganz etwas Unschuldiges und Erlaubtes sei; er meinte sogar, man müßte eigentlich jeder Korporation derartige Prämienanleihen gestatten. Dem muß ich in jeder Hinsicht widersprechen. Ich freute mich, als ich hörte, die allerhöchste Genehmigung wäre noch nicht nachge sucht, und ich hoffe noch immer, daß sie niemals nachge sucht werden wird. (Bravo!) Es ist wahr, es wird fremdes Geld ins Land kommen, das geschieht aber auch durch die einfachen Prioritätsanleihen, die sich vielfach in den Händen des Auslands befinden. Und dann wird ja auch viel inländisches Geld durch diese Prämienanleihe angezogen, das anderen Kapitalanlagen entzogen wird. Nur dem Staat muß das Recht vorbehalten sein, im Hause der Noth Prämienanleihen aufzunehmen, wenn er auf andere Weise kein Geld bekommen kann; einer Privatgesellschaft aber, hier also der Disk.-Gesellschaft, würde ich die Genehmigung dazu auf jeden Fall abschlagen. Die von dem Herrn Minister angeführten früheren Beispiele passen nicht; jene Prämienanleihen wurden entweder für Staatsinstitute oder Staatszwecke verwendet; aber noch niemals ist es früher bei uns vorgekommen, daß man eine Privatgesellschaft dazu autorisiert hat. Das die Staatsregierung allerdings verfaßungsmäßig dazu berechtigt ist, ein solches landesherrliches Privilegium bei Sr. Majestät zu beantragen, bestreite ich nicht; die Frage ist aber die, ob es dem Wohle des Landes entspricht, wenn dies geschieht, und das muß ich mit aller Entscheidung verneinen. (Beifall.)

Graf Jenpitzl: Ich will nur eine kleine Thatsache berichten. Herr Hasselbach hat gesagt, er würde der Diskontogesellschaft das Privilegium abschlagen. Es ist nie davon die Rede gewesen, der Diskontogesellschaft ein solches Privilegium zu geben.

v. Senft-Pilsach: Das formelle Recht der Staatsregierung, Prämienanleihen zu konzessionieren, ist unzweifelhaft. Aber eben so ist es altes Recht bei uns, daß wo Landeskalamitäten drohen, die Landesvertretung sich allemal verpflichtet und berechtigt gefühlt hat, sich zu erklären im Interesse des Landes. Daß 50 Millionen von der mehrerwähnten Summe im Auslande angelegt werden sollen, ist ohne alle Bedeutung. Diese projektierte Anleihe würde nichtsdestoweniger eine Landeskalamität sein, eine schwere Schädigung für alle Männer im Lande, welche für ihre Verhältnisse Kapital brauchen, eine schwere Schädigung namentlich für den großen Grundbesitz. Der Grund und Boden beschäftigt jetzt etwa 14 Millionen Menschen. Denken Sie nicht, daß auch diese Beute dabei beteiligt sind, wenn ihre Arbeitgeber immer mehr herunterkommen? Der Lohn für diese ländlichen Arbeiter ist bisher zwar ein geringer, aber ein ausreichender gewesen: sie haben bisher in gefundenen Verhältnissen gelebt. Während in den Fabriken die Arbeiter bereits mit 40 Jahren hinaufgestiegen beginnen, gibt es auf dem Lande 70-jährige und noch ältere Personen, die, wenn auch mit leichten Arbeiten, noch beschäftigt werden können. Diese gefundenen Verhältnisse will man erschüttern und schädigen. In früherer Zeit vererbten sich die Bauernhöfe Jahrhunderte lang von Vater auf Sohn; jetzt gelangen sie täglich zu hunderten zum Verkauf. Mit den Rittergütern ist es ebenso. Die ganze ländliche Bevölkerung geht in ihrem Vermögen zurück. Und dem gegenüber betrachten Sie unsere Börsenverhältnisse! Die Börse beschäftigt sich jetzt zum großen Theile damit, Schuldverschreiber anderer Personen zu verhandeln, etwas, was früher streng bestraft wurde. Man spreizt sich mit Declarationen über die Spielbanken der Badeorte, was ist das aber gegen die furchtbaren Spieler der Börse? Das ist ja eine wah

haus möge beschließen, der Staatsregierung gegenüber auszusprechen, daß das Herrenhaus die von der Staatsregierung beantragte Konzeßion einer Prämien-Anleihe auf Höhe von 100 Millionen für mit dem Staatswohl nicht vereinbar hält. (Besfall.—Kurz vor Schluß der Sitzung zeigt der Präsident das Eingehen dieses Antrages an.)

Bor Schluz der Sitzung erfolgt noch die Wahl eines dritten Mitgliedes der Staatschulden-Komission (zu den Herren Graf zur Lippe und Le Coq). Es wurden 67 Stimmen abgegeben, wovon 49 auf Herrn Wilskens, 13 auf Graf Redern, 3 auf v. Bernuth fallen. Dem somit gewählten Herrn Wilskens wird vom Präsidenten unter Hinweis auf seinen verfassungsmäßigen Eid und mit Handschlag die Versicherung abgenommen, daß er die besonderen An-gelegenheiten dieser Stellung treu erfüllen wird.

Schlus<sup>s</sup> der Sitzung 3½ Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

## Parlamentarische Nachrichten.

— Wir beginnen heute mit den Auszügen aus dem preußischen Staatshaushaltsetat für 1870, der in den Einnahmen mit 164,311,275 Thlr. und in den Ausgaben einschließlich des Extraordinariums von 5,638,700 Thlr. mit 169,711,275 Thlr. abschließt. Das Defizit für 1870 beträgt mithin 5,400,000 Thlr., um 260,000 Thlr. mehr als im Jahre 1869 und wenn man 892,482 Thlr. für den extraordinairen Mehrbedarf zu Eisenbahnzwecken hinzurücknet, deren Deckung durch ein besonderes Gesetz außerhalb des Etats gesucht wird,  $\frac{1}{2}$  Millionen. „Eine Steigerung der dem preußischen Staat gebliebenen Einnahmen um diesen Betrag im Jahre 1871 ist nicht zu erwarten. Ebenso wenig darf gehofft werden, daß Preußen in seinen Leistungen an den Norddeutschen Bund, wenn demselben nicht neue Einnahmen zugeschürt werden, erleichtert werden wird, da nach dem gegenwärtigen Stande seiner eigenen Einnahmen eine wesentliche Steigerung derselben nicht wahrscheinlich, während eine Steigerung der Ausgaben zur Verzinsung und Tilgung der Bundesanleihe nicht zu vermeiden sein wird. Derselbe Fall wird bei dem preußischen Etat für 1871 eintreten. Abgesehen davon, daß seit mehreren Jahren viele an sich nothwendige Ausgaben haben zurückgestellt werden müssen, deren Betrag von Jahr zu Jahr höher und deren Befriedigung dringender wird, so ist auch der Rest der zu Eisenbahnzwecken bewilligten Anleihe von 40 Millionen mit noch 20 Millionen zu realisieren und der Beitrag von Zinsen davon mit mindestens 900,000 Thlr. auf den Etat für 1871 zu übernehmen, während eine Verminderung der Ausgaben für die nächste Zeit bei keiner Verwaltung in Aussicht genommen werden kann.“ So sagt der Vorbericht zum Etat.

Seit 1868 ist eine Steigerung der Einnahmen im Ganzen nicht eingetreten, der Etat für 1870 weist sogar gegen 1868 ein Minus von 164,537 Thlr. auf, welches Minus, verbunden mit der seit 1868 um 5,235,463 Thlr. notwendig gewordene Mehrausgabe das Defizit von 5,400,000 Thlr. bildet. Nur bei den Domänen, den direkten Steuern, den Eisenbahnen und den Gerichtskosten ist seit 1868 eine nennenswerthe Mehreinnahme eingetreten, die übrigen Einnahmequellen des Staates fließen nicht stärker als zuvor oder gar schwächer. Das letztere gilt von der preußischen Bank und den Bergwerken, Hütten und Salinen des Staates. Außerdem ist die einmalige Einnahme für Salzbestände aus dem Jahre 1867 weggefallen, der Wechselstempel kommt nicht mehr der preußischen, sondern der Bundeskasse zu Gute, der Verkehr stockt und hat zugleich Erleichterungen erfahren, welche die Zollvereineinnahmen schmälern und folglich den Matrikularbeitrag Preußens erhöhen. Endlich hat die preußische Verwaltung auf folgende Einnahmen seit 1868 verzichtet: aus den hannöverischen Lotterien, dem Zuschlage von 6 Sgr. pro Thlr. der Gerichtskosten, den aufgehobenen Schiffahrts-Abgaben in den neuen, den ermäßigten Häfen, Schiffahrts- und Kanal-Abgaben in den alten Landeshäfen, aus den Gebühren für Bleie, Begleitscheine und Siegel, aus der (ermäßigten) Kalendersteuer, aus der (aufgehobenen) Mennonitensteuer, aus den Pachtgebühren und mannigfachen Abgaben, die den neuen Provinzen vor ihrem Eintritt in den preußischen Staat eigentlichlich waren.

Die Spezialsets der einzelnen Ministerien für 1870 gestalten sich wie folgt:

I. Finanzministerium.

**Einnahmen:** Domänen 9,580,620 Thlr. (— 186,720 Thlr. gegen 1869), Fürsten 13,805,400 Thlr. (+ 36,700). Von diesen beiden Einnahmeposten gehen die 2,573,099 Thlr. ab, welche durch das Gesetz vom 17. Januar 1820 dem Kronfideiostommittelfonds angewiesen sind. Erlös aus Ablösungen und Verkäufen 860,000 Thlr. Direkte Steuern 42,889,000 Thlr. (+ 827,000 Thlr.), nämlich: Grundsteuer 13,094,000 Thlr. (+ 120,400), Gebäudesteuer 4,581,000 Thlr. (+ 129,000) Klassifizierte Einkommensteuer 5,180,000 Thlr. (+ 250,000), Klassesteuer 13,070,000 Thlr. (+ 168,000), Gewerbesteuer 5,237,000 Thlr. (+ 171,000), Eisenbahnabgabe 1,653,000 (+ 8000), verschiedene Einnahmen 73,600 Thlr. (— 19,400). Indirekte Steuern: Rest von den an die Bundeskasse abzufüernden Einnahmen aus den Eingangs- und Ausgangsabgaben, der Rübengelder, Salz-, Tabak-, Branntwein-, Braumalz-, und Wechselstempelsteuer 307,800 Thlr., für alleinige preußische Rechnung 18,205,040 Thlr. (— 702,190), darunter Mahlsteuer 1,644,910 Thlr. (— 44,540), Schlachsteuer 2,265,240 Thlr. (— 14,800), Stempelsteuer 6,777,720 Thlr. (— 587,780), Chausseegelder 1,582,470 Thlr. (— 24,130) u. s. w. Der Ausfall in der Stempelsteuer erklärt sich durch die Überlassung des Wechselstempels an die Bundeskasse. Lotterie 1,339,500 Thlr. (— 700), Seehandlung 700,000 Thlr., preußische Bank 1,400,000 Thlr. (— 282,000), Münzen 321,097 (+ 23,000), Staatsdruckerei 293,000 Thlr. (+ 31,600), allgemeine Kassenverwaltung 2,254,303 Thlr. gegen 5,931,418 im Jahre 1869, weil die durch Hergabe der Aktivbestände geschaffene außerordentliche Einnahme für 1870 wegfällt und erst durch die verlangten Steuerzuschläge gefunden werden soll.

Ausgaben 31,196,634 Thlr. (— 830,024, darunter 18,851,463 Thlr. Beitrag zu den Ausgaben des Bundes (— 756,012); außerdem als Extraordinarium 1,078,050 Thlr. (— 136,250), darunter 10,000 Thlr. als dritte Rate zum Neubau im Finanzministerium, 51,000 Thlr. für die große Landes-Triangulation, 30,000 Thlr. zur Ablösung der Rheinschiffahrts-DtROI-Rente des gräf. Stolberg-Wernigerodeschen Hauses.

II. Handelsministerium.  
 Einnahmen. 59,775,635 Thlr. (+ 371,618), darunter Porzellan-Manufaktur in Berlin 150,000 Thlr., Bergwerke 15,093,249 Thlr. (- 974,027) Hüttenwerke 6,503,178 Thlr. (- 972), Salinen 1,383,820 Thlr. (- 16,728), aus den Staatsbahnen einschließlich 1,678,685 Thlr. durch Beteiligung des Staates an Privatbahnen 35,372,614 Thlr. (+ 1,256,309). Sämtliche Staatsbahnen sind für 1870 gegen dieses Jahr mit einer Mehreinnahme angesezt, ausgenommen die Nassauische und Main-Weserbahn. Die Einnahme der Niederschlesisch-Märkischen ist auf 7,800,000 Thlr. veranschlagt (+ 300,000). Dieser Plus, wie alle folgenden Mehreinnahmen werden fast ausschließlich durch den steigenden Güterverkehr motivirt, der bei der Niederschles. 5,502,900 Thlr. gegen 5,192,000 Thlr. im Jahre 1869 einbringen soll. Folgen die Ostbahn mit 7,784,000 Thlr. (+ 84,000), die Berliner Verbindungsbaahn mit 130,000 Thlr. (+ 10,000), die westfälische mit 2,900,000 Thlr. (+ 350,000), die Saarbrücker mit 2,000,000 Thlr. (+ 100,000), die hannoverschen Bahnen mit 8,860,000 Thlr. (+ 660,000), Bebra-Hanau mit 943,000 Thlr. (+ 143,000), die nassauische mit 1,021,000 Thlr. (- 139,000), die Main-Weserbahn mit 2,044,000 Thlr. (- 19,000), Main-Nekar mit 117,055 Thlr., Frankfurt-Offenbach mit 20,291 Thlr., Heppens-Oldenburg mit 30,000 Thlr. Auch die Beteiligung des Staates an den Privatbahnen weist im Ganzen ein Minus von 276,665 Thlr. gegen 1869 auf. Denn obwohl sein Antheil an der Oberschlesischen, Stargard-Pösenner und Bergisch-Märkischen ein Plus von 133,196 Thlr. in Aussicht stellt, so tritt dem eine

Ausgaben 9,383,630 Thlr. (+ 364,756). Die Mehrausgabe entsteht durch erhöhten Aufwand für Unterhaltung undhaussirter Wege, Wasserwerke, Brücken, Bächen, der technischen Lehranstalten in den Provinzen u. s. w. Dazu tritt ein Extraordinarium von 3,164,462 Thlr. (+ 218,508), darunter für Land- und Wasser-Neubauten und öffentliche Arbeiten 1,400,000 Thaler (- 200,000), Aufschuß zum Chaussee-Neubaufonds 300,000 Thlr. (- 100,000), Entschädigungen für die Aufhebung gewerblicher Berechtigungen in den neuen Provinzen 150,000 Thlr., Ausrüstung der Amtshofsbehörden 11,980 Thlr., dritte Rate zur Verlegung der Porzellan-Manufaktur 50,000 Thlr. (- 50,000), zum Bau der Scheldenthal-Eisenbahn 20,000 Thlr., Bohrversuche 20,000 Thlr., Bauprämiens für Bergleute, welche sich in der Nähe der saarbrücker und der oberschlesischen Gruben und Hütten eigene Wohnhäuser bauen, 50,000 resp. 9,000 Thlr., erste Rate zur Anlage eines Steinsalzstollens zu Segeberg 46,000 Thlr., endlich 892,482 Thlr. für die Vermaltung der Staatsbahnen (+ 162,528), darunter der Dien-

sitionsfonds von 150,000 Thlr. für unvorhergesehene Ausgaben, 485,140 Thlr. für die niederschlesische, 42,000 Thlr. für die Osthahn u. s. w. — (Wird fortgesetzt.)

— Der Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung einiger Bestimmungen des Gesetzes, betreffend die Einführung einer Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer vom 1. Mai 1851, entnehmen wir in Folgendem das Wesentliche:

1. Mai 1851, entnehmen wir in folgendem das Wesentliche:  
§ 20 soll fünfzig lauten: „Die Steuer beträgt monatlich in der 1. Steuerstufe 2 Thlr. 15 Sgr., in der 2. Steuerstufe 3 Thlr., in der 3 Steuerstufe 3 Thlr. 15 Sgr., in der 4 Steuerstufe 4 Thlr., in der 5. Steuerstufe 4 Thlr. 15 Sgr., in der 6. Steuerstufe 5 Thlr., in der 7. Steuerstufe 6 Thlr., in der 8. Steuerstufe 7 Thlr., in der 9. Steuerstufe 8 Thlr., in der 10. Steuerstufe 9 Thlr., in der 11. Steuerstufe 10 Thlr., in der 12. Steuerstufe 12 Thlr., in der 13. Steuerstufe 14 Thlr., in der 14. Steuerstufe 16 Thlr. in der 15. Steuerstufe 18 Thlr., in der 16. Steuerstufe 21 Thaler, in der 17. Steuerstufe 24 Thaler, in der 18. Steuerstufe 27 Thlr., in der 19. Steuerstufe 30 Thlr., in der 20. Steuerstufe 35 Thlr., in der 21. Steuerstufe 40 Thlr., in der 22. Steuerstufe 45 Thlr., in der 23. Steuerstufe 50 Thlr., in der 24. Steuerstufe 60 Thlr., in der 25. Steuerstufe 70 Thlr., in der 26. Steuerstufe 80 Thlr., in der 27. Steuerstufe 90 Thlr., in der 28. Steuerstufe 100 Thlr., in der 29. Steuerstufe 120 Thlr., in der 30. Steuerstufe 140 Thlr., in der 31. Steuerstufe 170 Thlr., in der 32. Steuerstufe 200 Thlr., in der 33. Steuerstufe 250 Thlr. und in jeder folgenden Stufe 50 Thlr. mehr.“

§ 21: Behufs der Einführung zur klassifizirten Einkommensteuer wird für jeden landräthlichen Kreis, sowie für jede zu einem Kreisverbande nicht gehörige Stadt unter dem Vorsitz des Landräths, oder eines besonderen, von der Bezirksgouvernierung zu ernennenden Kommissars auf je drei Jahre eine Kommission gebildet, deren Mitglieder aus den Eingesessenen des Einführungsbereichs, zu zwei Dritttheilen von der Kreis- bestehungswise Gemeindevertretung gewählt, und zu einem Dritttheil von der Bezirksgouvernierung berufen werden."

Aus § 22. „Jeder in die Nachweisung aufgenommene Steuerpflichtige ist gehalten, den Betrag seines Einkommens nach Mäßgabe eines ihm mitzugehenden, von dem Finanzminister festzustellenden Formulars selbst anzugeben. Diese Angabe (Deklaration), welche dem Vorsitzenden der Einschätzungs-Kommission innerhalb der von diesem dafür schriftlich zu bestimmenden Frist eingureichen ist, muß enthalten: a) den Nachweis des Gesamteinkommens (§ 19 des Gesetzes vom 1. Mai 1851), und zwar gesondert nach den Quellen, aus welchen dasselbe fließt, b) die von dem Einkommen zu machenden, nach den §§ 28 bis 30 des Gesetzes vom 1. Mai 1851 zulässigen Abzüge, c) die Versicherung der Steuerpflichtigen, daß er seine Angabe nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe. Außerdem hat der Vorsitzende der Einschätzungs-Kommission über die Besitz-, Vermögens-, Erwerbs- und sonstigen Einkommensverhältnisse der Steuerpflichtigen anderweit möglichst vollständige Nachrichten einzuziehen, überhaupt alle Merkmale, welche ein Urtheil über das in Anfahrt zu bringende Einkommen zu begründen vermögen, zu sammeln. — „Bei der Aufnahme der Nachweisung der Steuerpflichtigen sowohl, als zur Beschaffung der erforderlichen Nachrichten über deren Vermögens- und Einkommensverhältnisse hat sich der Vorstehende nach seinem Ermessens der Mitwirkung der Gemeindevorstände zu bedienen, welche allen seinen Aufforderungen Folge zu leisten schulig sind. Auch ist derselbe berechtigt, wenn er zur Erlangung einer näheren Kenntniß von den Einkommensverhältnissen eines Steuerpflichtigen solches für nöthig erachtet, von den Verhandlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit und den Hypothekenbüchern selbst oder durch Beauftragte oder durch Einforderung von Abschriften Einsicht zu nehmen.“

Aus § 23: „Die Einschätzungs-Kommission unterwirft die von ihrem Vorsitzenden aufgestellte Einkommens-Nachweisung unter Benutzung aller ihr zu Gebote stehenden Hilfsmittel einer genauen Prüfung. Sofern dabei wegen Richtigkeit der Angaben des Steuerpflichtigen über den Betrag seines Einkommens (§ 22) begründete Zweifel entstehen, hat die Kommission die Befugnis, dem Steuerpflichtigen zur näheren Erläuterung oder Ergänzung der von ihm eingereichten Deklaration durch ihren Vorsitzenden Fragen in bestimmter Fassung vorzulegen, welche vom dem Steuerpflichtigen innerhalb

„Außerdem hat die Kommission in gleicher Weise wie ihr Vorsitzender, das Recht, von den Verhandlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit und den Hypothekenbüchern durch Beauftragte oder durch Einfordерung von Abchrisen Einsicht zu nehmen. — Nachdem die Prüfung der Einkommensnachweizstellung vollzogen ist, hat die Kommission nach den stattgefundenen Ermittlungen oder anderweit bekanntlichen Verhältnissen des einzelnen Steuerpflichtigen die Steuerstufe festzustellen, in welche derselbe zu veranlagen ist. Dabei ist auf die Angaben des Steuerpflichtigen über den Betrag seines Einkommens, gegebe welche begründete Bedenken nicht obwalten, vorzugswise Rücksicht zu nehmen. — Jedem Steuerpflichtigen ist die erfolgte Feststellung der Steuerstufe, in welche er eingeschägt worden ist, mit dem Betrage der von ihm zu entrichtenden Steuer durch eine verschlossene Buschrift unter dem Größenfass bekannt zu machen, das ihm dagegen die bei dem Vorsitzenden der Einschätzungscommission einzureichende Beklamation an die Bezirkskommission (§ 24) binnen einer prälastifischen Frist von vier Wochen seit der Behandlung der Buschrift offen siehe. — Dieses Rechte geht derjenige Steuerpflichtige verlustig, welcher nicht innerhalb der bestimmten Frist die Deklaration seines Einkommens dem Vorsitzenden der Einschätzungscommission eingereicht, oder die von dieser Kommission ihm gestellten Fragen beantwortet hat.“

— Von den Abgeordneten Dunder und Ebert ist, unterstützt von der Fortschrittspartei, folgender Gesetzesvortrag eingeholt worden:

eingebracht worden:

Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der Beschränkungen der Preßfreiheit. Wir Wilhelm ic. § 1. Die bisherige Verpflichtung, von jeder Zeitung, Zeitschrift und jeder andern Druckschrift unter zwanzig Bogen bei oder vor der Ausgabe ein Exemplar bei der Ortspolizeibehörde zu hinterlegen, wird aufgehoben. § 2. Die bisherige Verpflichtung des Herausgebers einer Zeitung oder Zeitschrift, eine Kavution zu bestellen, wird aufgehoben. Zeitungen oder Zeitschriften dürfen jedoch nur unter dem Namen und der Verantwortlichkeit eines bestimmten Redakteurs erscheinen. Verantwortliche Redakteure dürfen nur solche einzelne Personen sein, die dispositionsfähig sind, sich im Vollgenüsse der bürgerlichen Rechte befinden und im Be- reiche der preußischen Gerichtsbarkeit ihren persönlichen Gerichtsstand haben. § 3. Die bisherige Beugniss der Staatsanwaltschaft und ihrer Organe, Druckschriften, sowie die zur Vervielfältigung derselben bestimmten Platten und Formen vorläufig mit Beschlag zu belegen, wird aufgehoben. § 4. Die Entziehung der Beugniss zum selbstständigen Betriebe eines Preßgewerbes durch richterliche Erkenntniß (§ 54 des Gesetzes vom 12. Mai 1851) findet nicht mehr statt. § 5. Alle den Anordnungen dieses Gesetzes widersprechende

Motive: Die Notwendigkeit, die der verfassungsmäßig garantirten Preßfreiheit entgegenstehenden Beschränkungen zu beseitigen, wie solche die zwölfte Kommission des Hauses in der vorigen Session durch Vorschlag eines mit dem vorliegenden im Wesentlichen gleichen Entwurfes anerkannt hat. Dieser Entwurf kam aber im Plenum des Hauses wegen Schlusses der Session nicht mehr zur Berathung und ist auch durch die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes vom 21. Juni 1869 nur in Ansehung seines ersten Paragraphen (Aufhebung der Konzessionspflicht der Preßgewerbetreibenden) erledigt worden.

# Lokales und Provinzielles.

## Posen, 12. Oktober.

Der Lehrer an der kath. Schule zu Roszki, Kr. Krotoschin, Wasielewski, am 20. Sept. cr. Folgende 22 Lehrer haben in den Tagen vom 20.—24. Sept. cr. vor der fgl. Prüfungskommission in Koźmin die Wiederholungsprüfung bestanden: Bach in Borek-Haul, Kr. Schrimm; Chrich in Uchorowo, Kr. Dbornik; Czitner in Posen; Czitner in Grünberg, Kr. Samter; Czirle in Holländerdorf, Kr. Dbornik; Cziz in Ulrifensfeld, Kr. Schildberg; Gaach in Radegosch, Kr. Birnbaum; Gramje in Ladenberg, Kr. Krotoschin; Hampel in Przyborowo, Kr. Samter; Kloje in Schwerin a. W., Kr. Birnbaum; Kloj in Posen; Köhler in Wenglewko, Kr. Schrода; Kursawe in Kriewien, Kr. Kosten; Lange in Neutomyśl, Kr. Buk; Lengert in Glinau, Kr. Buk; Mittelfäldt in Heide-Dombrowska, Kr. Dbornik; Destreich in Tucholle, Kr. Birnbaum; Quakulinski in Bogdany, Kr. Adelau; Schillmann in Radom, Kr. Dbornik; Schmidke in Schwarz-Hauland, Kr. Buk; Seifert in Pinne, Kr. Samter; Täubert in Kempen, Kr. Schildberg. Angestellt: Lehrer Duslin zu Kaźmierz, Kr. Samter, als Lehrer an der kath. Schule zu Lang-Goślin, vom 15. Okt. c. ab interim.; Lehrer Włoska zu Budzow, Kr. Rosenberg (Schles.) als Lehrer an der ev. Sch. zu Trzezinica, Kr. Schildberg; vom 1. Jan. 1870 ab interim.; Poturalski zu Jarosławiec, Kr. Schrода, als Lehrer an der kath. Sch. zu Koſzuty, Kr. Schroda, vom 1. Nov. c. ab def.; Lehrer an der ev. Sch. zu Gostyn, Kr. Kröben, Sopart, als solcher def.; Lehrer und Kantor an der ev. Schule resp. Kirche in Miloslaw, Stabenau, als solcher def.; Lehrer an der kath. Schule zu Komorowo, Kr. Schildberg, Tomaszewski, als solcher def.; Lehrer Waniorek zu Koſzuty, Kr. Schroda, als 1. E. an der kath. Schule zu Wróblewo, Kr. Samter, vom 15. Okt. c. ab interim. Vakant sind 5 Stellen: Die 2. Lehrerst. an der kath. Sch. zu Kaźmierz, Kr. Samter; die 1. Lehrerst. an der jüd. Sch. zu Weieritz; die Lehrerst. an der jüd. Sch. zu Pudewitz, Kr. Schroda; die Lehrerst. an der kath. Sch. zu Roszki, Kr. Krotoschin; die 5. Lehrerst. an der ev. Sch. zu Schmiegel, Kr. Kosten. Im Reg.-Bez. Bromberg sind entlassen: Der Lehrer C. Pomorski an der kath. Sch. in Lubiszynie, Kr. Gnesen, auf seinen Antrag, um die Lehrerst. in Gozdowo, Kr. Wreschen, anzunehmen, vom 1. Okt. d. J. ab. Übertragen: Die Lehrerst. an der kath. Sch. in Neu-Sipiora, Kr. Schubin, dem Schulamts-Kand. Sliwinski in Chojna, vom 1. Okt. ab provis.; die 5. Lehrerstelle an der kath. Sch. in Trzemeszno, Kr. Mogilno, dem Schulamts-Kand. Perzynski das., vom 1. Okt. cr. ab provis.; die Lehrerst. an der kath. Sch. zu Iwno, Kr. Schubin, dem Schulamtskand. Wybyszynski in Gollancz vom 1. Okt. d. J. ab prov. Angestellt: Lehrer Böller aus Romaneshof an der ev. Sch. in Sipiora, Kr. Czarnikau, interim.; Lehrer Fenske an der ev. Sch. in Kolonie Kruschin, Kr. Bromberg, def.; Lehrer Gerth in Grochowiski an der ev. Sch. in Szalki, Kr. Mogilno, def.; Lehrer Reimann in Athanasienshof, Kr. Chodzież, an der dortigen ev. Sch. interim.; Lehrer Engel in Güntergost an der ev. Sch. in Lopienno, Kr. Wongrowitz, inter.; Lehrer Schulz zu Miliisch als 2. E. an der höheren Knabenschule in Wongrowitz def.; Schulamtskand. Thiel in Kl. Bartelsee als 2. E. an der evang. Sch. in Czarnikauhammer, Kr. Czarnikau, interim.; Lehrer Renz in Pieki, Kr. Bromberg, an der dortigen ev. Schule def.; Schulamtskand. Ebert als Lehrer an der ev. Sch. in Huttawerde, Kr. Gnesen, interim.; Lehrer Smurawski in Sipiora an der kath. Sch. in Biala, Kr. Czarnikau, def.; Lehrer Braminsky in Wybranowo an der kath. Sch. in Srebnogora, Kr. Wongrowitz, def. Vakant: die Lehrerst. an der ev. Sch. in Bydwo, Kr. Gnesen; die Lehrerst. an der ev. Sch. in Neu-Glinke, Kr. Bromberg; die 2. Lehrerst. an der ev. Sch. in Güntergost, Kr. Wirsitz; die Lehrerst. an der ev. Sch. in Knieja, Kr. Schubin.

— An der hiesigen jüdischen Elementarschule war durch Abgang des Herrn Hoffstaedt eine Lehrerstelle erledigt worden, und beabsichtigte man, in dieselbe einen Lehrer einzudücken zu lassen, welcher gegenwärtig an der Mittelschule Unterricht erhielt. Wie verlautet haben sich jedoch die Mitglieder jüdischer Religion in der Schuldeputation gegen die erneute Besetzung dieser Stelle mit einem jüdischen Lehrer ausgesprochen, da sie auch an der jüdischen Elementarschule das Prinzip der Konfessionslosigkeit durchzuführen bestrebt sind.

**— Zum Besten der Jacobschen Waisenmädchen-Aufstalt**  
findet am Donnerstag in dem Ständesaale der k. Regierung eine Verlo-  
lung von zahlreichen Gegenständen statt, welche von edlen Gönnern und  
Gönnerinnen dieser Aufstalt zu diesem Zwecke gespendet und während der drei  
vorhergehenden Tage dort zur Ansicht ausgestellt sind. Wir erwähnen un-  
ter denselben hauptsächlich zweier transparenter Fenstervorhänge und eines  
meißner Kaffeeservices, welche von J. M. der Königin geschenkt sind, so-  
wie eines Teppichs, welchen die Frau Oberpräsidentin v. Horn übersandt  
hat. Eben dort sind auch Loope zum Preise von  $7\frac{1}{2}$  Sgr. zu haben.

— Die Schützen-Kompagnie des Landwehrvereins, welche vor einem Jahre als Schützenverein gegründet, und seitdem nach Beschluß einer Generalversammlung im September d. J. als erste Kompagnie dem Vereine einverlebt worden ist, hielt Sonntag den 10. d. M. im Schützengarten ihr zweites diesjähriges Preisschießen (Entschießen) ab. An demselben beteiligten sich 54 Mitglieder der Schützenkompagnie und mehrere Offiziere des 18. Landwehrregiments; außerdem wohnten dem Fest viele Mitglieder des Vereins mit ihren Familien bei. Das Schießen begann um 1 Uhr Mittags und war um 5 Uhr beendet; von den 42 Prämiern, welche in Federvieh bestanden, erhielt die erste Hr. Stromaufführer Büttner. An die Preisvertheilung, welche um 6 Uhr stattfand, schloß sich um 7 Uhr ein allgemeines Festessen, an welchem 150 Personen Theil nahmen. Den ersten Toast brachte der Vorsitzende des Vereins, Hr. Hauptmann Mulski, auf seine Majestät den König, den zweiten Hr. Pr. Lieutenant Hirselorn, der Führer der Schützen-Kompagnie, auf den Vorstand des Vereins, den nächsten Hr. Rahlfert auf die Landwehrverein, den letzten Hr. Täusler auf die Frauen aus. An das Festessen schloß sich ein heiteres Tanzfrüchten an.

teres Vorrang anzutreten.

Die Kontrollversammlungen der 3. Kompanie (Posen) 1. Posenschen Landwehr-Regiments Nr. 18 werden in diesem Jahre in nachstehender Weise abgehalten werden: A. in Posen hinter dem Berliner Thore: a) am Dienstag den 12. d. Mts. früh um 8 Uhr die Infanterie-Reserven Litt. A bis J und um  $9\frac{1}{2}$  Uhr die von K bis R; b) am Mittwoch früh um 8 Uhr die Inf.-Reserven Litt. S bis Z, alle Garden der Reserve u. Landw.-Infant., und die temporär Unbrauchbaren, sowie um  $9\frac{1}{2}$  Uhr die Provinzial-Landwehr-Infanterie Litt. A bis J; c) am Donnerstag um 8 Uhr die Provinzial-Landwehr-Infanterie Litt. K bis R und um  $9\frac{1}{2}$  Uhr die von S bis Z; d) am Freitag früh um 8 Uhr die Reserven aller Waffen aus den Ortschaften des Distrikts Posen, welche Posen zunächst gelegen sind, und um  $9\frac{1}{2}$  Uhr die Landwehr-Mannschaften dieses Bezirks. B. in Splatz am Sonnabend den 16. d. Mts. früh um 8 Uhr alle Reserven und Landwehr-Mannschaften der übrigen Ortschaften des Distrikts Posen und der Stadt Schwerenz. Zu den Kontrollversammlungen haben sich auch diejenigen Mannschaften zu gestellen, welche hierzu keine Ordre erhalten haben. Seder den Mannschaften hat sich mit seinen Soldaten einzufinden.

der Mannschaften hat sich mit seinen Militärpapieren zu versehen.  
— **Aum Stadttheater** sind in neuerer Zeit einige Reparaturen vorgenommen worden; die Sandsteinstufen, über welche nun schon seit 65 Jahren die Einwohner Posens zum „Musenstalle“ emporsteigen, waren stark ausgetreten, und mussten demnach theils umgelegt, theils erneuert werden. Die Gänge haben im Erdgeschoße und im ersten Range einen neuen Anstrich erhalten und ein neuer Vorhang, welcher in Coburg gemalt ist und in der Mitte die Darstellung einer mit etaim Kranze durchwobenen Lyra enthält, ist an Stelle des alten desolat gewordenen getreten. Leider muß derjelbe ebenso wie der alte, im oberen Theile gebrochen werden, da die nötige Höhe zum Emporziehen des ganzen Vorhangs nicht vorhanden ist. Das Gebäude ist mit 24,000 Thlr. in der Provinzial Feuersozietät versichert, eine Summe, die im Falle eines Brandes bei Weitem nicht für den Wiederaufbau eines neuen zeitgemäßen Theaters hinreichen würde. Daß ein Feuer, welches im Bühnenraume ausbräche, das ganze Gebäude binnen Kurzem in Asche legen würde, wird Jedem, der einmal Gelegenheit gehabt, das dortige ausgetrocknete Holzwerk, die zahlreichen feuergefährlichen Gegenstände, die große Menge von Verlagsstücken auf dem Schnürboden, und außerdem die höchst mangelhaften Löschvorrichtungen anzusehen, unzweifelhaft sein. Swarz befinden sich im Gebäude 4 kleine Spritzen, welche stets gesättigt sind, und ist während der Vorstellungen auch andauernd ein Kundsidiener der Feuerwache anwesend; außerdem sind rings um das Gebäude mehrere Hydranten angebracht, um mit Hilfe derselben einen etwa ausbrechenden Brand löschen zu können. Aber alle diese Löschvorrichtungen sind unzureichend; die inneren würden nicht in genügendem Maße Wasser liefern, und die äußeren zu spät in Thatigkeit gesetzt werden können. Darum unsere Mahnung: „Wasserleitung ins Theater!“

## Lokales und Provinzielles.

Wosen, 12. Oktober.

des hiesigen Priesterseminars in den Litaneien an die h. Jungfrau die darin noch häufig vorkommende Anrufung enthalten, als "Königin Polens" gestrichen und das Vorsingen des betreffenden Passus verboten worden. Es läßt sich nach diesem Vorgange wohl erwarten, daß der Herr Erzbischof Graf v. Ledochowski die Purification der aus den Seiten der polnischen Republik stammenden Gebete und Vitaneien auch auf die zahlreichen vorigen in denselben vorkommenden politisch und nationalen Reminiszenzen, die mit der gegenwärtigen politischen Ordnung der Dinge im Widerspruch stehen und daher nur geeignet sind, die politischen Begriffe der polnischen Bevölkerung zu verwirren, ausdehnen wird. Zu solchen durch die gegenwärtigen Verhältnisse antiquirten polnisch-nationalen Reminiszenzen gehörten z. B. die Gebete für die Erhaltung und das Gedehnen der polnischen Republik, für den polnischen Senat, die polnische Ritterschaft u. s. w. Auch die alljährlich am 15. Juli im hiesigen Dom und in sämtlichen Kirchen der Provinz begangene Feier des von den Polen bei Tannenberg erfochtene Sieges, durch den die Macht des deutschen Ritterordens gebrochen wurde, ist diesen veralteten Reminiszenzen beizuzählen.

**Was nicht Alles über Posen geschrieben wird!** Das Großherzogthum Posen ist — leider! — eine interessante Provinz und wir begreifen es, daß auswärtige Zeitungen und Zeitungen gern Berichte über hiesige Zustände aufnehmen und wenn sie sogar ihre literarischen Commiss-voyageurs ausschicken, um Blüthilungen über uns einzuholen. Aber es ist unglaublich, was diese Herren Alles über Posen schreiben. Der Eine schildert es als ein wildes Land, in welchem noch die Bären hausen, während sie doch hier so gut wie anderwärts nur „angebunden“ und „aufgebunden“ vorkommen. Der andere sieht in allen Städten Knoblauch und sieht überall Gestalten in langen schmutzigen Kästens herumlaufen. Es scheint fast, als steige der Ungar hier den Leuten zu Kopfe und in diesem Ball mögten wir an unsere Weinhandler den Wunsch aussprechen, diesen König der Weine weniger zu kultivieren. Neuerdings hat ein Correspondent der in Leipzig erscheinenden „Deutschen Allg. S.“ ebenfalls eine Halluzination gehabt. Derselbe schreibt, Wahrlheit und Dichtung wunderbar mit einander mischend, folgendes: „In der Provinz Posen herrscht gegenwärtig eine Art religiöser Revolution, (wir können hinzugeben, daß bereits Barrikaden von Weinsässern in einigen Kellern errichtet worden sind. — Red.) denn protestantische, katholische und Juden sind in großer Aufregung. Die evangelischen Geistlichen möchten gleich ihren katholischen Kollegen die Kirche gern zur herrschenden Macht und sich zu den ausführenden Organen derselben erheben. Die Bibel Alten und Neuen Testaments und das Gesangbuch sind die wahren Quellen der Weisheit, die Wissenschaft ist Nebensache, ja sie ist sogar oft nachgiebig, da sie nicht selten zum Unglauben führt. Diese Lütre findet zwar zahlreiche Anhänger, namentlich unter den Beamten, die wohl wissen, woher der Wind weht; die große Masse aber wird immer indifferenter. Viel klüger, denn mit größerer Erfolge bereitete es der katholische Klerus. Nachdem die Jesuiten das Terrain gehörig bearbeitet, macht jetzt der Erzbischof Graf Ledochowski andauernd seine Rundreise und wird überall mit einem Glanz und mit einer Verehrung empfangen, wie sie nur einem Souverän zu Theil werden. Man ist schon durchweg überzeugt, daß das ökumenische Konzil die Herrschaft des Papstes zur unbedingten Welttherrschaft erheben wird. Auch die Juden, wenigstens die sogenannten Schwarzen, (s.) sind in großer Aufregung, denn es ist ihnen die Nachricht zugegangen, der wahre Messias sei endlich in Jerusalem erschienen, und es heißt sogar, sie wollten im Verein mit ihren Brüdern in Galizien eine Deputation dahin schicken, um ihm ihre Verehrung auszudrücken.“ Offenbar ein Spähvogel, dieser K. Korrespondent! Bedauerlich ist für uns nur, solche Dinge in einem anständigen weit verbreiteten Blatte lesen zu müssen! Die hier ausgeträumten Phantasien zu widerlegen, wird man uns nicht zumuthen, nur möchten wir der „D. A. S.“ versichern, daß vielleicht in keiner Provinz die Parteien innerhalb jeder religiösen Gemeinschaft weniger hervortreten als bei uns. Wir haben hier an dem nationalen Spießspalt genug und müssen daher wenigstens innerhalb des religiösen Bekennntnisses Frieden halten.

**Im Volksgartensaale** bewährt sich die Ventilationsvorrichtung, welche im vorderen Theile derselben an der Decke angebracht ist, sehr gut. Derselbe besteht aus einem eisernen, 3 Fuß weiten Rohre, welches über das Dach des Gebäudes hinausreicht, und einem engeren eisernen Rohre innerhalb derselben. Unterhalb des ringsförmigen Raumes zwischen beiden Röhren brennen 6 Gasflammen, durch welche eine außerordentlich kräftige Ventilation erzielt wird. Eine zweite derartige Einrichtung soll, wie verlautet, gleichfalls im hinteren Theile des Saales angebracht werden. Auch bestätigt der Besitzer, in den seitwärts gelegenen Theilen der Gallerien erhöhte Estraden zu errichten, so daß das Publikum auch von dort die Vorstellungen auf der Bühne ansehen kann.

**A Bierbaum**, 10. Okt. Die Maul- und Klauenseuche ist auch unter dem Rindvieh unserer Gegend ausgebrochen, doch soll die Krankheit einen leichten und ziemlich raschen Verlauf haben. In Folge der Krankheit sind die Butterpreise nicht unerheblich gestiegen. — An dem 6monatigen (vom 1. Okt. c. bis 1. April f. J.) dauernden Kursus in der Zentralturnanstalt in Berlin nimmt auf Veranlassung der Regierung zu Posen auch der hiesige Lehrer Markus Theil. Derselbe erhält neben seinem Gehalte eine monatliche Unterstützung von 14 Thlr. aus Staatsfonds. — Am 7. Okt. hat in der hiesigen kathol. Kirche durch den Dekan Sibylski aus Scharfenort eine Kirchenvisitation stattgefunden, bei welcher auch die kathol. Schulkindern einer Prüfung in der Religion unterworfen wurden. — Im hiesigen Kreisgerichtsgerichtsgericht hat sich dieser Tage ein Gefangener aus Kähnke an dem Gefangenwärter gl. vergriffen und diesem dabei die Hand überbrochen. Ein anderer Gefangener, der dem gl. zur Hilfe beisprang, wurde von dem Attentäter in den Finger gebissen. — Die diesjährige Herbst-Kontrollversammlungen in unserm Kreise werden an folgenden Orten und Tagen abgehalten: Bei der 4. Komp. am 11. Okt. in Pröttisch, am 12. in Blejen, am 13. in Schwerin und am 14. in Drzezno-Paulau; bei der 3. Komp. am 15. Okt. in Kwidz, am 16. in Charcie, am 18. in Birke und am 19. in Lindenstadt.

**# Kreis Buk**, 9. Okt. Obwohl es nicht zu erkennen ist, daß seitens der Behörden viel zur Verbesserung der Wege gethan wird, muß es doch bedauern werden, daß bei naßer Witterung alle diese Mühe und Kosten, welche zur Verbesserung der Wege verwendet werden, als nutzlos sich erweisen. So ist z. B. der Weg über Bokowice nach Grätz, dem Sitz der Gerichtsbehörde, nachdem es einige Tage hindurch stark geregnet hat, kaum mit dem leeren Wagen zu passiren, man schneidet bis an die Achsen ein, und wenn die Pferde nicht stark sind, kommt man nicht vorwärts. Für diejenigen Kreisinsassen, welche diesen Weg zurückzulegen haben, um in Grätz vor dem Gerichte zur bestimmten Stunde einen Termin wahrzunehmen, können dadurch erhebliche Unannehmlichkeiten entstehen. Der Weg ist allerdings auf mehreren Stellen durch Lehmauffüllungen verbessert worden, allein diese hat der Regen aufgeweicht und dadurch ist die Hafstrasse verschlammert worden. Dem Kreise sind Aussichten auf neue Chausseen geboten, zumal wenn erst die derselben durchdringende märkisch-posener Bahn eröffnet sein wird. Bis jetzt sind jedoch noch keinerlei Anstalten getroffen worden, und hoffen wir, daß der Bau einer Chaussee über Bokowice nach Grätz bald in Angriff genommen wird, da diese alsdann nach Opalenow abgewichen werden könnte, nämlich aber auch Bokowice einen Bahnhof erhalten soll. Läßt sich nun auch der Bau einer Chaussee nach Bokowice, so ist leider nicht abzusehen, wenn endlich einmal der Weg von Neustadt b. P. nach Birnbaum resp. Birke, den Stapelplänen, nach welchen von Neustadt und Umgegend Getreide, Spiritus &c. verladen werden, um diese nach Berlin, Stettin verschiffen zu lassen, aufzustützt werden wird. Gegenwärtig müssen beladene Fuhrwerke einen Umweg von 1 Meile und zwar über Pinne machen, um die Chaussee brauchen zu können. Die Chausseering dieses Weges, wenn auch nur vermittelst einer Kies-Chaussee, dürfte um so weniger mit erheblichen Kosten verbunden sein, als bei demselben die beiden Kreise, Buk und Birnbaum beteiligt sind, andererseits beträgt die Straße auch nur ca. 1½ Meilen, da die Chaussee in die Staats-Chaussee bei Drzezskow münden könnte, von wo aus alsdann, resp. von Kwidz oder Gorzow Chaussee nach Birke oder Birnbaum führen.

**e. Murowana-Goslin**, 8. Okt. Die diesjährige Generalversammlung des Budewitzer Lehrer-Sterbekassen-Vereins fand am 30. Sept. zu Wongrowitz im Hotel des Herrn C. Kunef statt. Aus dem Jahresberichte, welcher den Beitrag vom 23. Sept. 1868 bis zum 28. Sept. 1869 umfaßte, geht hervor, daß von den am 27. Sept. v. J. vorhandenen 335 Mitgliedern 9 ausgeschieden sind und zwar 7 durch den Tod, 2 wurden wegen Nichtzahlung der Beiträge exkludirt. Dagegen sind dem Verein während des obenbezeichneten Beiträumes 40 neue Mitglieder beigetreten, 8 Lehrer schlossen sich noch am Konferenztag an; es zählt demnach der Verein 374 Mitglieder und hat im verflossenen Jahre nach Abzug der ausgeschiedenen ein Zuwachs von 39 Mitgliedern gewonnen.

Die Einnahmen betrugen inkl. der Reste 754 Thlr. 27 Sgr. 6 Pf. Dazu der baare Bestand pro 1868 92 Thlr. 26 Sgr. 7 Pf., zusammen 847 Thlr. 24 Sgr. 1 Pf. Die Ausgaben beliefen sich: a) an Unterstützungs geldern für 7 Sterbefälle auf 620 Thlr., b) für Druckgachten, c) Zeitungsinterate, d) Briefmarken und Portoauslagen, e) dem Kendanten Entschädigung für Fuhrkosten, und f) demselben für Verwaltung der Kasse und Auslagen für Schreibmaterialien &c. 43 Thlr. 10 Sgr., zusammen 663 Thlr. 10 Sgr. Es bleibt demnach ein baarer Bestand von 184 Thlr. 14 Sgr. 1 Pf. Dazu tritt ein Guthaben in der Sparsaffe zu Posen egl. der Binsen pro 1868/69 von 200 Thlr. 17 Sgr. 10 Pf. Das Vereinsvermögen beträgt demnach egl. der noch ausstehenden Reste 385 Thlr. 1 Sgr. 11 Pf. Da die Statuten des Vereins wesentlicher Änderungen bedürfen, so wurden nach Verlehung des Jahresberichts die vereinzelten vorliegenden Abänderungs vorschläge resp. Statutenentwürfe eingehend besprochen und der Vorstand des Vereins von der Versammlung beauftragt, die Bestätigung des nunmehr neu entworfenen Statuts bei der hohen Börde nachzusuchen. Ein Antrag, auch geprägte Lehrerinnen in den Verein aufzunehmen, wurde von der Versammlung abgelehnt. Die Unterstützungssumme für jeden Sterbefall wurde durch einstimmigen Beschuß von 90 auf 100 Thlr. erhöht. Bis zur Bestätigung des neuen Statuts erfolgt die Aufnahme in den Verein noch nach dem Beschuß der am 24. Juli 1865 in Schwersenz stattgehabten Generalversammlung, wonach ein breiteres des Mitglied im Alter von 20 bis 25 Jahren 10 Sgr., von 25 bis 30 Jahren 1 Thlr., von 30 bis 35 Jahren 2 Thlr., von 35 bis 40 Jahren 3 Thlr., von 40 bis 45 Jahren 5 Thlr., von 45 bis 50 Jahren 8 Thlr., von 50 bis 55 Jahren 12 Thlr. Eintrittsgeld zu zahlen hat. Lehrer über 55 Jahre werden in dem Verein nicht aufgenommen. Bei den Eintrittsgeldern werden nach dem Erinnerung des Vorstandes auch Rentenabnahmen bewilligt. Den einzelnen Mitgliedern des Vereins wird der spezielle Jahresbericht demnächst lithographiert überwandert werden. Der Verein hat sonach einen recht erfreulichen Fortschritt gemacht, seine Verbreitung schreitet rüstig vor und es haben schon wieder nachdrücklich eine namhafte Anzahl von Kollegen ihren Beitritt angemeldet. Nach dem Schlusse der Versammlungen wurde gemeinfäristlich ein Wahl eingenommen; dann fand sich in dem Garten des Herrn Kunef ein Theil der Konferenzmitglieder zu vertraulichen Gesprächen zusammen. Einige der Kollegen fanden sich nach 35jähriger Trennung als ergraute Haupter hier wieder.

**o Meseritz**, 8. Oktober. Als Naturseligkeit dürfte zu erwähnen sein, daß in diesen Tagen Apfelbäume noch in Blüthe standen. — Die an der Katziger Straße befindliche alte Pappel-Allee ist im Auftrage des Magistrats bereits im v. J. teilweise verkauft und ausgerodet und an deren Stelle Ansäulen junger edler Kirchbäumen bepflanzt worden. Zum 16. d. M. steht abermals Termin bezüglich Verkaufs und sofortiger Ausrodung und Bepflanzung des Restes der dort noch stehenden Pappeln an, um weiteren Ansäulen edler Obstsorten Platz zu machen. — Am Sonnabend ist die Schwurgerichtsperiode beendet worden.

**¶ Kreis Pleschen**, 8. Okt. Unter Bezugnahme auf § 27 des Allg. Landrechts sind öffentliche Tanzbelustigungen zu Folge Genehmigung der Regierung zu Posen zu Gunsten der Armentasse in Pleschen mit folgenden Tagen belegt worden: bis 10 Uhr Abends mit 10 Sgr., bis 11 mit 15, bis 12 mit 20 Sgr., und die über Mitternacht dauernden mit einem Thaler. — Die Herbst-Kontrollversammlungen im Bereich der 1. und 2. Landwehr-Kompanie werden in der Zeit vom 12. bis 21. Oktober abgehalten. — Die Kreis-Direktion der Norddeutschen Grund-Credit-Bank für die Kreise Pleschen, Adelau und Krötzsch befindet sich in Pleschen in den Händen des Herrn Hausinger.

**¶ Kreis Pleschen**, 9. Oktober. In Bieganin-Dorf ist der Hund des Wirths D. toll geworden. Derselbe soll das Kindreich und die Buchtfau des Wirths gebissen, auch dessen Sohn an der Hand beschädigt haben. Außerdem hat er in der Umgegend sich mit mehreren Hunden herumgezogen und bis jetzt verlautet noch nichts, daß er irgendwo getötet worden wäre, dagegen sind etliche der gebissenen Hunde bereits getötet worden. — Laut Extrakt aus der Rechnung pro 1868 des Brandenburg Pommerschen Prediger- und Lehrer-Vereins stellt sich, wie jetzt veröffentlicht, die Summe der Einnahme auf 12,895 Thlr. 10 Sgr. 7 Pf., die der Ausgabe dagegen auf 12,897 Thlr. 17 Sgr. 4 Pf., so daß am Jahreschlusse ein Minus von 2 Thlr. 6 Sgr. 9 Pf. verblebt. Das übrige Vermögen des Vereins beläuft sich nach Abzug des Minus auf 1701 Thlr. 29 Sgr. 10 Pf.

**¶ Schröda**, 8. Oktbr. Der am 5. d. M. stattgehabte Jahrmarkt war nicht höher als ein großer Wochenmarkt zu rechnen. Die Ursachen liegen klar. Einmal war hier durch neun Tage Mission gehalten worden, zu welcher sehr viele Menschen aus der Umgegend herbeigekommen waren, so dann hatte am 5. d. M. auch Jahrmarkt in unserem Nachbarstädtchen Milzowkau stattgefunden, am 7. d. M. wiederum Jahrmarkt in unferem nahgelegenen Kurnik und dazu kommt noch die allerwärts begonnene Kartoffelernte, daher also die geringe Frequenz, die allgemeine Klage erwachte. Pferde- und Rindvieh-Auftrieb war wenig gewesen, wohingegen Schweine, namentlich Kerle, fortwährend gut im Preise stiegen, da wiederum sechs auswärtige Händler wohl an 250—280 Schweinen von hier weiter expedierten. Der meiste Verkehr war noch bei den Schuhmacherwaren, die dem gegenwärtigen Herbst und bevorstehenden Winter. — Die diesjährigen Herbst-Kontrollversammlungen in dem Bezirk des 2. Bataillons (Schrimm) 2. Posener Landwehr-Infanterie-Regiments Nr. 19 (Kompanie 1) finden statt am 13. d. M. in Giecz, am 14. in Koszyn, 16. in Pudewitz, 18. in Biskupice, am 18. d. M. in Połajki; im Bezirk der 2. Kompanie am 2. d. M. in Santomysl, am 11. d. M. in Brodnie, am 12. d. M. in Schröda. — Am 4. d. M. früh gegen 5 Uhr, fuhr gegen 5 Uhr, fuhr der Knecht Wojciech Jonatza, welcher bei dem Spediteur Hartwig in Posen in Diensten stand, mit noch zwei anderen Fuhrmännern mit Eisenbahnschienen von Koszyn nach Mogilno. Derselbe fiel unweit Koszyn vom Wagen, so daß er hierbei überfahren wurde und nach bereits zwei Stunden seinen Geist aufgab. — Die arme Tagelöhnerfrau M. J., welche häufig ihr ganz kleines Kind in ihrer schlechten Wohnung Stunden lang allein zurücklassen mußte, um sich ihr Brot zu verdienen, fand unlängt derselbe an den Ohrläppchen, der Rose, überhaupt an den weicheren Fleischtheilen von Ratten jämmerlich zerfressen. — Bei der hier stattgefundenen Mission, von der wir unlängt berichtet, wurde auch eine Bählung der zusammengebrachten Bettler von nahe und fern veranstaltet, und es waren derer 150 (Männer, Weiber und Kinder) vorhanden, von denen aber die wenigsten Gottes Wort hörten, noch hören wollten, und manche von ihnen ihr Handwerk auf eine unverschämte Art und Weise trieben. Unbemerkt kann auch nicht bleiben, daß unter denselben auch solche Individuen vorhanden waren, die körperlich und geistig gesund, fast in ihren besten Lebensjahren, sehr wohl ihren Unterhalt durch geregelten Arbeitserdigst sich verschaffen könnten, jedoch denselben lieber die vagabondirende Bettel- und Stromerei vorziehen, sich nicht waschen, nicht säubern, nicht reinigen, Bart und Haare stehen lassen, ihren Körper zu verunreinigen suchen, um sich dadurch ein recht elendes, Witless erregendes Aussehen zu geben. Vor mehreren Jahren ließ der damalige Bürgermeister Strzelowicz hier selbst einen solchen, fast jungen Bettler reißen, rasten, baden, die Haare abschneiden, eine bäuerliche Kleidung geben, und siehe da, es war ein Mann von 32 Jahren und fähig, die schwersten Arbeiten verrichten zu können, denn er war fast ein halber Riese, wenngleich er in seinem Bettlerantrage eine Art Peckiplaster auf einem Auge, eine Art Weichselzopf, eine Krücke und einen fatal hinkenden Gang hatte. Er bekam einen sogenannten Denkstock von Polizeiwegen aufgebrannt, dessen er heute noch gedenkt. Er lebt noch, ist ein sehr fleißiger, arbeitsamer Mann geworden und ernährt Frau und Kinder sehr wohl. Er wohnt in dem nahen Dorfe D. Eine allgemeine Luststration der Bettler bei solcher Gelegenheit würde vielleicht gute Früchte bringen.

**¶ Schwerin a. W.**, 8. Oktbr. In der gestrigen Generalversammlung des hiesigen Darlehnkassenvereins, die nur spärlich besucht war, erstattete der Vorsitzende ausführlichen Bericht über Vereinsangelegenheiten. Darnach ist der Verein, der gegenwärtig 296 Mitglieder zählt, noch immer in einem erfreulichen Bachtum begriffen. Berücksicht hat derselbe nicht erlitten; nur wurde ernstlich gerügt, daß viele Vereinsmitglieder in Rückicht auf das Odnen bei bemühten Prolongationen sich nachlässig gezeigt hätten. Der Rechnungsbuchluß, welcher vom Kendanten verlesen, erläutert und vorgelegt wurde, ergab folgende Positionen: a) Einnahme: das Guthaben der Mitglieder ist im letzten Vierteljahre um 153 Thlr. 20 Sgr. gewachsen und beträgt jetzt rund 5951 Thlr. 15 Pf. Gesellschaftsdarlehen 15,93 Thlr. Mitgliederdarlehen 53,138 Thlr. Binsen 1078 Thlr. Reservefonds 727 Thlr. Portogüsse 35 Thlr. zusammen 76,867 Thlr.; b) Ausgabe: an Guthaben der Vereinsmitglieder 231 Thlr. Gesellschaftsdarlehen 3901 Thlr. Mitgliederdarlehen 71,784 Thlr. Binsen 83 Thlr. Geschäftskosten 32 Thlr. Vorschüsse 74 Thlr. zwei Genossenschaftsaktien 400 Thlr. zusammen 77,004 Thlr. so daß ein Baarbestand von 360 Thlr. verblieb. Bei den Mitgliederdarlehen ist zu bemerken, daß alle Prolongationen als neue Darlehen gebucht werden. Die Aktiva des Vereins bestehen in: 18,646 Thlr. Mitgliederdarlehen, 32 Thlr. Geschäftsaktien, 39 Thlr. Vorschüsse, 400 Thlr. Genossenschaftsaktien und daar 360 Thlr. zusammen 19,477 Thlr.; die Passiva bestehen in: 5720 Thlr. Guthaben der Mitglieder, 12,304 Thlr. Gesellschaftsdarlehen, 295 Thlr. Binsen, 727 Thlr. Reservefonds, zusammen 19,477 Thlr. Das Verhältnis des eigenen Kapitals (Guthaben) zu dem fremden Kapital (Gesellschaftsdarlehen) steht hierauf in dem hiesigen Vereine weit günstiger, als in anderen Vereinen. Außer einigen Beratungen über Vereinsangelegenheiten wurde schließlich noch der Vorschlag zum Anschluß an einen Unterverband lebhaft diskutirt.

**× Schollen**, 9. Okt. Bei der hier am vergangenen Montag stattgefundenen Kontrollversammlung kam es nach derselben zu bedauerlichen Ergebnissen, wie meist, so auch hier durch den Genuss von Spirituosen hervorruhen. Drei der Radelshüter wurden zwar verhaftet, fanden jedoch Gelegenheit, wieder zu entweichen und ist, da sie bekannt waren, ein neuer Verhaftebefehl gegen sie erlassen worden. Ich weiß nicht, ob es Vorschrift ist, aber zweifelhaft wäre es jedensfalls, wenn eine Stunde nach Schluß einer solchen Kontrollversammlung jeder nicht am Orte Wohnende denjenigen verlassen müßte, wenngleichst er in keiner Schänke gefunden werden dürfte und dies den Leuten jedesmal von dem betreffenden Offizier resp. Feldwebel gesagt würde. — Wie bedauernswerte Folgen das Duellkalber nach sich zieht, zeigt wiederum folgende uns nachträglich bekannt gewordene Begebenheit: Die Witwe Anna Zehe in Revier wurde tot im Backofen gefunden. Sie hatte sich, um eine bekannte und berüchtigte Hautkrankheit zu vertreiben, mit Petroleum eingeschmiert, war dann in den heißen Backofen gekrochen und in demselben erstickt. — In dem Nikolajewer Walde wurde ein unbekannter Mensch erhortet gefunden. — Der Gewerbebetrieb in unserer Stadt und Umgebung ist von keiner Bedeutung, doch sind in Folge der vielen Brände in diesem Jahre die Baubauwerke sehr thätig, ja, es mangelt sogar an Arbeitskräften, weshalb uns aus Schlesien und Böhmen eingetroffene Maurer und Zimmerleute sehr willkommen sind. Der Wohlstand im Allgemeinen hat sich bis jetzt hier in unserer Gegend nicht besonders gehoben. Der Boden ist leicht, es fehlen Verkehrsstraßen und lebt die Bevölkerung größtentheils in mittleren und dürfsten Verhältnissen. Die Landeskultur ist durch die Einrichtung mehrerer Dampfschwimmereien und Vergrößerung des Viehstandes bedeutend gehoben, es wird auch vielfach gemerkt. Einzelne Schulen hier sind überfüllt, so daß die Halbtagschule hat eingeführt werden müssen. Ordentliche geprüfte jüdische Elementarlehrer fehlen in unserm Kreise fast ganz und ist die hiesige jüdische Lehrerstelle seit Jahren schon vakant, ein ordentlicher Lehrer nicht zu bekommen. — Zur Fortsetzung der Chaussee, welche schon von Trojanowo hierher im Planum vollendet ist, von hieraus nach Miejszko hin werden Vorbereitungen getroffen.

### Vereine und Vorträge.

**○ In der Versammlung der polytechnischen Gesellschaft am Sonnabend wurde zunächst darüber berichtet, auf welche Weise die in der öffentlichen Versammlung am 7. d. M. gefassten Beschlüsse, betreffend die Errichtung einer Gewerbeschule für den kommenden Winter, am erfolgreichsten zur Ausführung gebracht werden sollen. Es werden in mehreren der hiesigen Buchhandlungen Listen ausgelegt, in den Zeitungen Aufforderungen zur Bezeichnung von Beiträgen erlassen, und außerdem an alle Dienstleute in unserer Stadt und Provinz, bei denen man ein Interesse für die gewerbliche Entwicklung unserer Provinz voraussetzt, Befragungslisten überwandert werden. In einer Sitzung, welche der Vorstand des Towarzystwo przemysłowe (des polnischen Industrievereins) am Tage zuvor abgehalten hatte, war beschlossen worden, diejenigen Lehrlinge, welche bisher in der Bezeichnungsschule dieses Vereins Unterricht erhalten haben, der neuen Schule zu überweisen, und die etwa 70 Thlr., welche die Bezeichnung jährlich geleistet hat, an das neue Institut zu zahlen. Diese Offerte des Industrievereins wurde dankend angenommen. Vorläufiglich werden die Lehrstunden nur des Abends stattfinden, zu einer anderen Tageszeit dem Unterricht beizutreten. Ein bewährter Bezeichnungslehrer unserer Stadt, welcher an der Gewerbeschule im vergangenen**

# **Kreis Buc.**, 10. Okt. Im Hopfenhandel herrscht seit einigen Tagen eine flache Stimmung, wodurch ein Preisrückgang eingetreten. Natürlich ist für diesjährige ordinäre und Mittelware in Folge der flauen Berichte aus Nürnberg wenig Nachfrage. Einige kleine Umsätze haben stattgefunden, bei welchen für ordinäre Ware Anfangs der Wert und für Mittelware höchstens 32–33 Thlr. bezahlt wurden. Primawaare, welche natürlich von den böhmischen Kaufleuten gekauft wird, bleibt zwar gesucht, indeß hat auch diese einen Preisrückgang erfahren, da der Sr. gegenwärtig mit höchstens 42–45 Thlr. bezahlt wird. Vor den sich in hiesiger Gegend aufhaltenden fremdländischen Kaufleuten sind in diesen Tagen 8 Böhmen abgereist. Ob sie in diesem Jahre wieder hier eintreffen werden, bleibt abzuwarten. 1868er Ware nominell.

### Bermischtes.

\* **Berlin.** Die „Kreuztg.“ erzählt: Bei der letzten Anwesenheit des Königs von Preußen in Ludwigslust hatte unter vielen Andern auch der verdiente Altertumssachverständige Geh. Archivrat Lisch aus Schwerin die Ehre, Sr. Majestät vorgezettelt zu werden. Der Großherzog bediente sich, indem er den genannten Gelehrten dem König präsentierte, der Wendung: „Dies ist mein Humboldt“, worauf der König an den Vorgestellten die Worte riefete: „Da will ich Ihnen wünschen, daß, wenn man Ihnen einmal nach Ihrem Lande ein Denkmal setzt, nicht so viel Ungutredendes dabei geredet werden möge, als kürzlich bei der Monumentierung meines Humboldt in Berlin geschehen.“ (Die „Ztg.“ bemerkt dazu: Augenscheinlich ist das auf die eben so kramphafte als sinnlose Versuche der „Kreuztg.“ selbst gemünzt, unser Humboldt auch zu den ihrigen zu machen.)

\* **Der Maler von Bawstrow** soll, wie der „Post“ mitgetheilt wird, seit der Publikation des neu anberaumten Schwurgerichts-Termins im Gefängnis ein völlig verändertes Benehmen angenommen haben. Er ist jetzt schweigend, fast tiefstinnig, sitzt stundenlang auf einer bestimmten Stelle des Fußbodens seiner Zelle und schreibt bei dem geringsten Geräusch merklich zusammen.

\* **Der Verein zur Rettung Schiffbrüchiger** hat bereits anerkennenswerthe Proben seiner Leistungsfähigkeit abgelegt. Unter Anderem rettete am 13. Sept. die Station Wustrow an der mecklenburgischen Küste bei hartem Sturm die Passagiere des gestrandeten dänischen Schiffes „Karoline“ und brachte sie wohlbehalten ans Land. Alle Mannschaften arbeiteten mit anerkennenswerther Bravour.

\* **Bukarest,** 9. Okt. Durch eine Pulverexplosion in einem Kaufmannsladen ist in der Stadt Braila eine große Zerstörung angerichtet worden; einige Menschen wurden dabei sofort getötet, mehrere andere schwer verwundet.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

### Terminkalender für Konkurse und Subhastationen

für die Zeit vom 14. bis einschließlich 20. Oktober 1869.

#### A. Konkurse.

I. **Größt:** Keiner.  
II. **Beendet:** Die Konkurse über das Vermögen 1) des Kfm. Sigismund Słomowski hier durch Vertheilung der Masse, und 2) des Mühlenbesitzers Wilhelm Scheller in Pila durch Aukt.

III. **Termine und Auktionsläufe.** Am 15. Okt. Bei dem Kreisgericht in Bromberg in dem Konkurs des Kaufm. Markus Frank daselbst, Ablauf der Anmeldungsfrist für Forderungen.

Am 18. Okt. Bei dem Kreisgericht in Wongrowitz, Mittags 12 Uhr, in dem Konk. des früh. Rittergutsbesitzers Joseph v. Bieckowski, Prüfungstermin.

Am 20. Okt. Bei dem Kreisger. in Pleschen, Vorm. 10 Uhr, in dem Konk. des Buchhändlers Gustav Fritze dagebst., Prüfungstermin.

#### B. Subhastationen.

Der Termin steht an:	Des zu subhastirenden Grundstücks			
am	bei dem Gericht	Besitzer	Lage und Nr.	Gruß-Gebauertsg. Thaler.
14. Posen	Wiener	Schweinert, Kurnikier-		
		straße 46		44
Kempen	Bawadzki Choleute	Kol. Kamillenthal 21	24	20
Inowraclaw	Hartwig'	Gniewkowo 169	3	128
Kempen	Woyton	Stupia 6	Lage	586
Schwerin a. B.	Brust	Schweinert 11 f 40		5250
Wollstein	Hildebrandt' Chel.	Dronitzi 1	60	23
Nakel	Kottke'	Paterke 90	Lage	643
Posen	Niklas	Posen, Fischerei 6 f 7		51958
Grätz	Bielle' Choleute	Glinau 2	25	20
do.	Schmidt'	Albertosse 33	20	20
Krotoschin	Cohn	Krotoschin 128	—	104
Kempen	Soliystal' Choleute	Ziażenice 3	15	12
do.	Roculat'	Rogatycze 52	10	12
Schnedemühl	Hinkelmann	Uscz 41	—	29
do.	Weggen' Choleute	Schnedemühl 405	Lage	808
Weseritz	Kalisch	Brätz 26	5	20

**Gewinn-Liste der 4. Klasse 140. königl. preuß. Klassen-Lotterie.** (Nur die Gewinne über 70 Thlr. sind den betr. Nr. in Parenthesen beigefügt.)  
Bei der heute fortgesetztenziehung sind folgende Nummern gezogen:  
1 43 60 90 122 38 63 74 78 236 58 317 (1000) 36 (200) 73 85  
94 98 432 (200) 97 541 60 (200) 78 619 (500) 85 88 (100) 854 (500)  
72 91 389 69 79. 1051 73 (500) 75 111 32 47 237 (100) 397 417  
89 (500) 531 (100) 50 66 87 93 717 31 50 824 45 926. 2108 45  
61 64 295 (1000) 341 46 60 92 411 34 50 51 522 694 707 24 28  
82 45 74 87 88 809 (100) 26 901 57 92 94. 3026 149 247 360  
412 77 (200) 94 (1000) 544 63 76 93 664 99 739 57 858 (100) 934  
(1000) 72. 4014 22 33 37 70 103 222 47 71 314 17 21 66 433  
513 24 58 81 651 (200) 72 73 80 716 63 (100) 78 805 56 (200) 916  
65. 5016 38 (1000) 77 83 94 (1000) 138 71 74 219 (100) 73 323  
(500) 92 (100) 459 85 550 61 78 83 96 662 96 738 (1000) 53 57  
899 (100) 928 29 80 (100) 95 (100). 6127 40 41 46 89 238 79 92  
356 60 95 410 25 49 74 501 33 40 65 (100) 96 98 604 (200) 13 53  
57 62 70 (500) 74 79 84 724 44 75 97 802 80 81 (1000). 7031 61  
111 88 223 50 310 34 78 84 (100) 423 97 595 639 48 75 801  
53 63 95. 8037 82 96 162 65 94 211 31 36 371 435 88 501 6 7  
607 66 81 83 783 91 834 905 35. 9017 79 97 162 203 75 92  
513 15 611 48 716 820 24 34 89 950 97.  
10,005 12 (100) 90 94 276 324 (100) 27 37 438 39 40 50 552  
65 88 97 (500) 700 19 801 2 19 67 968 (100) 70 80. 11,002 24  
28 70 86 91 122 44 57 83 (100) 212 28 51 56 325 50 (100) 91  
498 516 (100) 87 619 24 29 779 871 (100) 83 903 21 80. 12,019  
36 103 8 13 18 64 73 84 221 67 71 364 73 404 24 77 502 50  
53 83 619 36 (100) 50 94 701 44 (100) 804 12 34 (2000) 49 922

### Bekanntmachung.

Die Lieferung und Pflanzung von p. p. 1600 Stück Waldbäumen an der Chaussee von Brunsbach nach Pietrowo soll an den Mindestforderenden verabredet werden. Zur Licitation habe ich auf

**Sonnabend, 13. Novbr. d. J.**

Nachmittags 3 Uhr,  
in meinem Bureau hier selbst Termin anbetaut, und late Unternehmer mit dem Beamer dazu ein, daß die Bedingungen in meinem Bureau eingesehen sind, auch auf mein Bureau zugestellt werden können.

Samter, den 7. Oktober 1869.

Der königliche Landrat.

Fhr. v. Massenbach.

### Samter, den 7. Oktober 1869.

### Bekanntmachung.

Die Lieferung von p. p. 1080 Schachtuhren Steinen zum Bau der Chaussee von Obrzycko bis zur Kreisgrenze bei Klempitz, sowie die Herstellung einer Pfasterstrecke in der Stadt Obrzycko soll an den Mindestforderenden verabredet werden. Zur Licitation habe ich auf meinem Bureau eingesehen werden.

Der königliche Landrat.

Fhr. v. Massenbach.

80 (100) 13,030 32 60 71 79 117 224 309 58 507 626 51 725  
85 844 51 52 908 24 (200) 97 99. 14,048 129 47 80 326 65 433  
(100) 72 634 37 43 53 66 726 949. 15,030 70 88 102 7 269 356  
(200) 78 401 67 84 (500) 503 38 614 83 708 50 871 (100) 944  
45 (200) 16,104 12 204 19 327 32 61 80 (100) 91 446 50 73 (200)  
631 32 35 (100) 47 55 832 (100) 914 23 (200) 70 72 (500) 17,011  
55 87 113 67 262 (1000) 71 432 77 514 57 62 68 98 613 (200)  
747 50 828 920. 18,036 135 51 86 89 239 60 89 312 89 462  
(200) 67 (100) 80 501 12 26 51 (500) 57 75 612 56 743 (1000) 89.  
888 928 57 (100) 19,038 85 102 81 211 36 49 321 39 442  
550 625 47 48 714 21 63 812 25.

20,003 (100) 33 63 70 124 (1000) 43 (100) 98 265 351 69 96

400 633 52 705 (500) 54 83 888 97 914 44 69. 21,057 76 119

36 228 71 85 356 71 (200) 413 51 (500) 589 603 31 46 726 43

54 67 802 41 938 66 68 75 (100) 22,032 63 153 73 299

312 40 48 51 63 (100) 470 71 91 97 594 611 22 41 80 723 27

843 67 933 (100) 71 87 91 96 99. 23,003 19 (1000) 68 91 (200) 108

208 56 (100) 77 302 (100) 79 92 446 59 71 81 (1000) 509 90 607

9 33 742 71 802 72 79 907 12 31 40 57 93. 24,010 107 25 71

217 325 76 (100) 404 31 (500) 550 53 97 658 60 80 (200) 777

854 943. 25,044 145 55 79 (200) 234 39 42 (500) 426 547 81

616 63 713 17 27 818 25 53 61 924. 26,242 71 427 55 542 82

86 (1000) 616 20 44 77 719 30 80 83 67 69 946 52 (100) 56.

27,023 45 65 83 99 228 (100) 37 (1000) 92 532 (1000) 40 51 57 64

603 18 83 838 998 (500). 28,024 67 80 (100) 83 121 88 205 26

396 441 54 76 (100) 544 609 (500) 32 893 941 54. 29,270 (200)

369 438 39 (200) 512 (100) 13 67 (100) 621 98 747 61 806

47 939.

30,030 85 106 54 69 (1000) 281 379 444 68 546 639 46

781 908 (200) 9 71 87 91. 31,023 (200) 45 58 125 62 (100) 295

408 84 506 49 98 635 83 771 858 60 (100) 73 943 56 96.

32,017 21 28 31 85 106 205 23 38 357 61 442 566 748 (1000)

835 958 (200) 33,020 116 (500) 86 214 57 332 55 438 61 510

631 87 705 31 53 824 (100) 74 97 (500). 34,056 118 67 251 85

853 449 64 721 40 (1000) 79 92

## Bakanz der Bürgermeister-Stelle in Beuthen, Oberschlesien.

Das Amt eines Bürgermeisters hierorts wird in folge Übertritts seines Inhabers in eine anderweitige Stellung am 1. Januar 1870 erledigt und soll baldmöglichst wieder besetzt werden. Bewerber, welche das Gerichts-, oder Regierungs-Amt für Gamen bestanden haben, wollen ihre Meldung gesucht haben den unterzeichneten Stadtverordneten-Bürotheke bis spätestens den 20. November d. J. zugehen lassen. Mit der Stelle ist ein festes jährliches Einkommen von 1500 Thalern verbunden.

Beuthen O.-S., den 8. Oktober 1869.

Für die Stadtverordneten-Versammlung  
der Vorsitzende Dr. Mannheimer.

### Bekanntmachung.

Bei Verbindung der Reparatur des Schulhauses zu Goluski, veranlagt auf 924 Thlr. 16 Sgr. 5 Pf. ausschließlich der Hand- und Spannienste, welche im baaren berechnet, wer in im Begehr der Ministratation habe ich einen Termin

auf den 18. Oktober c.,

Vormittags 10 Uhr,

in meinem Bureau anberaumt, zu welchem Bietungslustige eingeladen werden.

Der Kostenanschlag und Bedingungen können in meinem Bureau alltäglich während der Amts-

stunden eingesehen werden.

Zabitowo, den 4. Oktober 1869.

Königlicher Distrikts-Kommissarius.

Bothe.

## Baugewerkschule zu Holzminden a. Weser.

- a) Schule für Bauhandwerker, Baubeflissene rc.
- b) Schule für Mühlen- und Maschinenbauer rc.

Beginn des Winterunterrichts am 2. November c.

Der Schüler erhält Unterricht, Unterrichtsmaterialien, Wohnung, Bekleidung, Wäsche, ärztliche Pflege rc. und zahlt dafür pro Semester 68 Thaler. Das Programm und den Unterrichtsplan übersendet auf Anfordern der Vorsteher der Baugewerkschule.

G. Haarmann.

### Auktion.

Mittwoch den 13. Oktober, von 9 Uhr ab, werde ich im Auktionslokal, Magazinstr. 1, verschiedene **reich geschnitzte eichene Möbel**, als: Sofas, Fauteuils, Stühle, Tische, Spiegel mit Konsolischen, Kleiderspinde, Schreisecretaries u. s. w.; ferner verschiedene Mahagoni-Möbel, einer vollständigen englischen Kochofen und um 12 Uhr

**ein gutes Arbeitspferd** öffentlich meistbietend gegen sofortige Bezahlung verkaufen.

Rychlewski,  
königlicher Auktionskommissarius

### Tanz-Unterricht.

Den sehr geehrten Herrschäften zeige ich meine in Posen (St. Martin 3, Parterre) erfolgte Ankunft ganz ergeben an.

A. Eichstedt. Tanz- u. Ballett Lehrer

Landgüter jeder Größe, von 100 Morgen aufwärts, weise ich zum billigen Ankaufe nach. Gerson Jarecki, Magazinstr. 15. in Posen.

### Beachtungswert.

Eine gute deutsche Leihbibliothek von ca. 1400 Bänden, die erst 5 Jahre existiert u. nur die neuesten Sachen enthält, ist unter guten Bedingungen billig zu verkaufen.

Näheres bei Herrn Spindler, Cigarrenhandlung, Gnesen.

### Bekanntmachung.

## National-Wich-Versicherungs-Gesellschaft zu Kassel.

Nachdem wir die bisher vom Herrn Rentier v. Schachtmeyer zu Gnesen versehene General-Agentur für den Regierungs-Bezirk Bromberg Herren J. Stefanski & Co. zu Posen mitübertragen haben, bringen wir solches hierdurch zur öffentlichen Kenntnis.

Kassel, den 8. Oktober 1869.

Die Direktion  
Eugen Römer.

Bezugnehmend auf vorstehende Bekanntmachung halte ich mich zur Versicherungnahme der Tierbestände, als: Pferde, Rindvieh, Schweine und Schafe gegen alle Verluste, Unglücksfälle sowie Seuchen bestens empfohlen. Schäden werden voll bezahlt und sofort regulirt.

Jede gewünschte Auskunft wird aufs Bereitwilligste ertheilt, sowie an noch nicht besetzten Orten Agenten bestellt werden durch

die General-Agentur

J. Stefanski & Co.

Posen, den 11. Oktober 1869.

### Bekanntmachung.

Einem hochgeehrten Publikum zeige ich hiermit ergeben an, daß ich bei meiner Ueberfledung nach Berlin, hier selbst eine zweite Werkstatt, beim Klempnermeister H. Schün, Spiechplatz 1, gegründet habe, und werden daselbst Blechartikel aller Arten lackirt sowie Broncirung u. Vergoldung derselben, wie bisher, sauber ausgeführt. Ferner werden Firmenschilder auf Glas, Blech, Holz rc. sowie Metallbuchstaben in allen Größen und Farben auf das Billigste angefertigt.

Posen, im Oktober 1869.

G. Dorschfeldt,  
Firmenmaler u. Lackier.

Hierdurch die ergebene Anzeige, daß ich mein Hotel wieder eröffnet habe, und bitte ich um gütigen Besuch.

Erin, im Oktober.

Adolf Degner.

Mein seit 9 Jahren hier bestehendes Geschäft habe ich von der Schloßstraße nach der Rosengartenstraße ins Postgebäude verlegt und mit sämtlichen Nouveautés dieser Saison auf Reichhaltigste versehen.

R. Rontschky,  
Schneidemstr. in Obořnici.

Als geübte Damenfriseurin empfehle ich bei sehr billiger Bedienung

Anna Sowinska,

Thorstraße Nr. 10, Souterrain.

## Der Oelfarbendruck-Verein Borussia in Berlin.

Prämiert 1862 in London, 1869 in Bittenberg hat, um seinen Mitgliedern einen Theil der Kosten zu erleichtern, hier eine Agentur errichtet, und nimmt neue sowie alte Beitrags-Eklärungen an.

Posen, Markt 37.

### Der Apotheker A. Pfuhl.

## Gräzer-Bier-Brauerei.

Hiermit erlaube ich mir allen Gräzer-Bier-Konsumenten die ergebene Anzeige zu machen, daß ich am hiesigen Orte eine

## Gräzer-Bier-Brauerei

etabliert habe.

Es wird meine Aufgabe sein, stets ein kräftiges und haltbares Bier zu liefern, und werde ich geneigte Aufträge schnell und prompt ausführen.

Hochachtungsvoll

Grätz, im Oktober 1869.

## Theodor Grünberg.

### Großes Pelzwaaren-Lager

befindet sich Wasserstraße 27.

## Philppsohn Holz.

### Baumschule.

Alle Sorten edler Obstbäume, fruchtrichtige Sträucher, Alleebäume, Biergehölze zu Park-Anlagen, starke verplante Bäume, u. Toßgewächse empfiehlt völlig

Dünnung bei But.

### Fuchs, Kunstmärtner.

für einen Kunstgärtner zu verkaufen oder bei genügender Rantion zu verpachten.

Samter, poste restante F. F. franco.

### Eine Milchpacht

wird von einer achtbaren Witwe vom 1. Nov.

zu übernehmen gewünscht. Näh. in d. Exped. d. B.

Dominium Santomyśi hat

gegen 40 Ctr. Hopfen

zu verkaufen.

### Gänzlicher Ausverkauf

der Baumschulen

zu Grabowiec und Samter.

Obst- und Nutzbaumchen, 30-40%

Biergehölze 50% unter Katalogs-

preisen. Rechtzeitige Bestellungen effe-

tutire nach Möglichkeit.

Samter.

### Gebr. Zweiger.

Dünger ist sofort zu verpachten

Schützenstr. 1.

Freitag den 15. d. M.

bringe ich wieder mit dem Frühzug einen großen Transport

frischmellender Neibrüder Kühe nebst Käl-

bern in Reiters Hotel zum englischen Hof

zum Verkauf.

J. Klakow, Viehhändler.

Die diesjährige (sechste) Gar-

gatz-Schmoldower Auktion über

75 Böcke französischer Abstammung

findet am 16. Oktober statt.

Schmoldow bei Güzkow.

von Behr.

Am 20. Oktober c.

beginnt in Ritsche bei

Bahnstation Alt-Boyen der

Verkauf von sprungfähigen

Bollblut-Negretti-

Oxfordshire-

Hamshire-

Southdown-

sowie

Vollblut-Bullen von der Holländer und dunkelrothen Alt-Boyener Race.

Lehmann.

Am Donnerstag den 28. Oktober c., Vormittags 11 Uhr,

sollen

42 Bollblut-Nambouillet-Böcke,

24 Nambouillet-Negretti-Böcke,

17 Original-Negretti-Böcke

in öffentlicher Auktion verkauft werden.

Verzeichnisse über Abstammung und Minimalpreise werden auf Wunsch verschickt.

F. Hagen.

Landwehr-Kavallerie-Offizier-

Uniformen

nebst dazu gehörigen Effekten nach neuester Ministerial-

Verfügung.

J. Jacob,

Militair-Effekten-Handlung,

Wilhelmsplatz Nr. 7.

AVIS.

Bon diesjähriger 1869er Ernte

wirlich echter importirter

Havanna-Cigarren

empfing ich direkt von Havanna per Schiff Hammam die erste Sendung. Die Ci-

garren sind von guter milder Qualität und leichter Lustung.

H. L. Rennert,

Unter den Linden 22, Berlin.



Der Verkauf 1 1/4-jähriger Böcke aus meiner Negretti-Stammschäfe-rei zu Sobbowiz bei Alt-Boyen Bahnhof, an der Posen-Breslauer Bahn, beginnt am 20. d. Mts.

v. Wedemeyer-Schoenrade.

Die Nouveautés der bevorstehenden Saison in Seidenwaaren, Châles, Kleiderstoffen aller Art, Herbst- und Wintermänteln, Pelzbezügen, Jacquets, Jacken, Blousen, Baschliks, fertigen Roben, Jupons,

sowie in allen zur Modewaren-Branche gehörenden Artikeln befinden sich am Lager.

Posen, Markt Nr. 63!

Robert Schmidt

(vorm. Anton Schmidt).

Dem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich Steyparbeiten auf der Maschine annehme, und fertige ich die ins Schuhmachershandwerk einschlägigen Arbeiten, da ich dieses handw. erlernt, auf Sauberste u. Geschick-vollste an, und bitte mich mit gef. Aufträgen zu dehren. J. Czajkowski, Breslauerstr. 34, im Hinterhaus.

Alle Arten Maschinen-Stepperien, sowie sämmtliche, in das Fach einer Damenschneiderin einschlägende Arbeiten, werden aufs sauberste, prompte und billigte ausgeführt. Auch können junge Damen das Aufzwecken erlernen bei

A. Kinkowska, Königstraße 20.

! Neue Visitenkarten! sogenannte à la minute,

**Flügel und Pianino's,**

aus den berühmtesten Fabriken der Hoflieferanten E. Beckstein in Berlin und Immler in Leipzig, empfiehlt zum Preise von 250 bis 1000 Thaler, in reichhaltigster Auswahl.

**S. Jakob Mendelsohn.**

Mehrere gebrauchte Instrumente sind billig zu haben.

**Die F. Adolph Schumann'sche Porzellan-Niederslage  
von W. Kilinski & Comp. im Bazar,**

empfiehlt ihr reichhaltiges Lager von Porzellan, Glas und Lampen zu soliden Preisen bei schnellster und reellester Bedienung. Weitere Service werden in jedem beliebigen Decort und aus jedweder Fabrik zu soliden Preisen ergänzt.

Die echten, nach der Komposition des königl. Professor Dr. Albers zu Bonn angefertigten, als vorzüglich wirkungsvoll erprobten Rheinischen Brust-Karamellen sind in versteigerten roso-rothen Däten à 5 Sgr. — auf deren Vorderseite sich die biblische Darstellung „Vater Rhein und die Mosel“ befindet — stets zu haben in Posen bei **Hermann Mögelin**, Bergstraße 9, Ecke der Wilhelmsstraße, sowie auch in Birnbaum: **L. Stargardt**, Bromberg: **Theod. Thiel**, Fraustadt: **Carl Wetterström**, Grätz: **Louis Streisand**, Kowraclaw: **J. Lindenberg**, Grodno: **A. Levy**, Lobsens: **C. A. Lubenau**, Nakel: **A. Podgorsky**, Neutomysl: **W. Peikert**, Ostrowo: **C. E. Wichura**, Pleschen: **J. Joachim**, Rawica: **R. F. Frank**, Schneidemühl: **Louis Weber** und für Wollstein bei **E. Anders**.

**Grünberger Weintrauben**

— jetzt schon recht schön, wenn auch nicht wie vor Jahr — das Br.-Pfd. 3 Sgr., versendet prompt.

**Gustav Sander** in Grünberg i. Schl.

Hamburger „Kochere“ Fleischwaren in großer Auswahl empfiehlt

**F. Fromm**,  
Sapiehplatz 7.

Frischen italien. Fleischkäse, Kalbsleber-Trüffel-wurst empfiehlt

**A. Rauscher.**  
Fr. Speckbüdinge empfiehlt Metzschoff.

**Prämien-Anleihe der Stadt Bukarest**

In Obligationen à 20 Francs.

Bezeichnungen auf vorstehende Anleihe, welche durch alljährlich von zwei zu zwei Monaten in Deutschland stattfindende Prämien-Stellung mit Gewinnen bis zu 100,000 Frs. getilgt wird, nehmen wir heute und morgen entgegen. Der Emissions-Cours ist 18½ Frs. pro Stück, wovon bei der Subskription nur 5 Frs. zu erlegen sind. Prospekt und Verlosungsplan liegen bei uns zur Einsicht aus.

**Hartwig Kantorowicz Söhne**,

Sapiehplatz Nr. 3.

**Allerneueste Glücksofferte.**

Das Spiel der Frankfurter Lotterie ist von der Königl. Preuß. Regierung gestattet.

Beginn der vom Staate geleiteten u. garantierten Stellung am 20. Oktober.

Es kommen in derselben Gewinne von 1,400,000 Thaler, worunter Gewinne von eventuell 250,000, 150,000, 100,000, 50,000, 40,000, 25,000, 2 à 20,000, 3 à 15,000, 3 à 12,000, 1 à 11,000, 3 à 10,000, mehrere à 8000, 6000, 5000, 4000, 29 à 3000, 131 à 2000, 156 à 1000, sowie über 25,000 à 500, 300, 110, &c. &c. vor. Es werden nur Gewinne gezogen und sind dieselben bei jedem Bankhaus zahlbar.

Ein ganzes Original-Dos (keine Promesse) kostet 2 Thaler, ein halbes 1 Thaler, ein vierter 15 Sgr., und sende dieselben gegen Postanweisung oder Postverschluß prompt und verschwiegen.

Swingelder und amtliche Steuergesetze erfolgen sofort nach Entscheidung.

**Hartwig Hertz Nachf.**

An- und Verkauf von Staatspapieren.

**Hamburg, Schleusenbr. 15.**

NB. In letzter Zeit zahlt wieder mehrere der größten Treffer aus.

Ein mödl. Zimmer für 1 oder 2 Herren zu vermieten **Al. Gerberstraße Nr. 6**, 3 Treppen, bei **J. Praus**.

**Körten-Telegramme.**

Bis zum Schluss der Zeitung ist das Berliner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

**Stettin**, den 12. Oktober 1869. (Marcus & Mass.)

Not. v. 11.

**Spiritus**, unverändert.

October . . . . 62 1/2 62 1/2 15 1/2 15 1/2

Okt.-Nov. . . . 62 1/2 62 1/2 14 1/2 14 1/2

Frühjahr . . . . 64 1/2 64 1/2 15 1/2 15

**Roggan**, befestigend.

October . . . . 46 46 12 1/2 12 1/2

Okt.-Nov. . . . 45 1/2 45 1/2 12 1/2 12 1/2

Frühjahr . . . . 44 1/2 44 1/2

**Börse zu Posen**

am 12. Oktober 1869.

**Fonds.** Posener 3 1/2 % alte Pfandbriefe — do. 4 % neue do. 81 1/2 Gd. do. Rentendreie 84 1/2 Br. do. Provinzial-Bankaktien — do. 5 1/2 % Provinzial-Obligationen 98 1/2 Br. poln. Banknoten 75 1/2 Gd.

[Amtlicher Bericht.] **Roggan** [p. 25 pr. Scheffel = 2000 Pfd.] pr. Herbst 41 1/2 — 41 1/2 Okt. 41 1/2 — 41 1/2 Okt.-Nov. 41, Nov.-Dez. 41, Frühjahr 1870 41 1/2 — 41 1/2.

**Spiritus** [p. 100 Quart. = 8000 % Tralles] (mit Zäh) gefindigt 9000 Quart. pr. Okt. 14 1/2 — Nov. 14 1/2, Dez. 14. April-Mai 1870 im Verbande 14 1/2 — 14 1/2.

**Fonds.** [Privatericht.] 3 1/2 % Preuß. Staatschuldabscheine 79 Br. 4 % Pol. Pfandbr. 81 1/2 Gd. 3 1/2 % do. — 4 % Pol. Rentenbr. 84 1/2 Gd. 4 1/2 % do. Prov. Bank 102 Gd. 4 % do. Realcredit 86 instl. Br. 5 % do. Stadt-Öhl. 93 Br. 4 % Märk. Pol. Stammakt. 60 1/2 Gd. 4 % Berlin-Görl. do. — 5 % Ital. Anleihe 53 Gd. 6 % Amerikan. do. (de 1882) 88 1/2 Br. 5 % Türk. do. (de 1865) 41 1/2 Gd. 5 % Defferr.-franz. Staatsbank 205 Gd. 5 % do. Südbahn (Bomb.) 140 Gd. 7 1/2 % Rumän. Eisenbahn-Anleihe 71 1/2 Gd. 7 1/2 % Do. Defferr.-franz. (1860) Posse 78 Gd.

[Privatericht.] **Wetter**: schön. **Roggan**: fester. pr. Okt. 41 — 41 1/2 Gd. 41 1/2 Gd. Okt.-Nov. 41 1/2 Gd. Okt.-Br. Nov.-Dez. 41 1/2 Gd. u. Br. Frühjahr 41 1/2 Gd. u. Gd. April-Mai do.

**Spiritus**: ermattend. Gefindigt 9000 Quart. pr. Okt. 14 1/2 Gd. u. Br. Nov. 14 1/2 — 14 1/2 Gd. u. Br. Dez. 14 1/2 Gd. u. Br. April-Mai 14 1/2 — 14 1/2 Gd. u. Gd.

× × [Wochenbericht der Posener Börse.] **Roggan**. Neben der Nachfrage und dem nicht stark hervortretenden Angebot bleibt um die gegenwärtige Zeit der Spekulation noch ein größerer Spielraum für

ihre Kombinationen, welche eine Zeitlang auf den Preisgang einen wesentlichen Einfluss üben, um später erst, nachdem das Geschäft eine gewisse Gestalt erhalten, in das richtige Gelenk zu gelangen. — Wenn die Börse schon jetzt eine bestimmte und voraussichtlich den Verhältnissen mehr oder weniger entsprechende Richtung angenommen, so glauben wir diesen Umstand als eine seltene Errscheinung betrachten zu müssen, um so mehr, als unsere Witterungsverhältnisse in der ersten Wochenhälfte — regnerisches, ruhiges Wetter nach sommerlichen Tagen — dem Spielball der Waage erfahrungsmäßig zu einer aufwärts strebenden Bewegung im Preisgang Nahrung gibt. Angeregt durch niedrigere Notirungen unserer tonangebenden Märkte Berlin und Stettin, macht an unserer Börse speziell eine täglich steigende Verkaufslust sich geltend, welche im weiteren Verlaufe der Woche durch auswärtige Verkaufsordres neuen Impuls erhält und an der Freitagbörse einer derartigen Bagatelligkeit Platz macht, daß Preise um ein Besonders geworben wurden und Käufer selbst zu den reduzierten Preisen nicht vorhanden waren — eine leider allzu häufige Wahrnehmung an unserer Börse! Unlöslichkeit und Langsamkeit im Kaufen war unserer Börse in der verlorenen Woche eigen, obwohl effektive Waare am Landmarkt meist nur in besserer Qualität und viel über den Terminpreis für sächsische Rechnung und vom Konsum aus dem Markte genommen wurden; das Angebot von Waare wäre wohl ein größeres gewesen, wenn der mit der Felderbestellung wohl noch beschäftigte Landwirt durch Krankheit des Viehs nicht behindert wäre, Produkte in größeren Qualitäten an den Markt zu bringen. — Mit den auswärtigen flauen Berichten hat übrigens auch die Nachfrage nach effektiver Waare nachgelassen, welches eine nützbringende Abzugssquelle sehr zu wünschen wäre. — **Spiritus**. Der nahezu größte Theil unserer Brennereien, deren einige neu errichtet in dieser Kampagne hinzugekommen, ist in vollem Gange und hat größere Aufzüge an den Markt gebracht, welche in Kündigungen, meist auch direkt vom Konsum und Exporteuren schnell Unterkommen fanden, letztere anscheinend für Hamburger Rech-

Geübte Nätherinnen finden dauernde Beschäftigung im Kinder-Garderoben-Geschäft Wasserstr. 4.

Ein junger, militärfreier Landwirt sucht unter beiderseitigen Ansprüchen eine Stelle als zweiter Beamter.

Adressen werden in der Expedition d. Stg. unter **M. C.** erbitten.

Nätherinnen und junge Damen, im Puß geübt, können sich sofern meld. Wilhelmstr. 26.

**F. Nabok**, Buchhändler und Antiquar in Posen (Gr. Gerberstraße Nr. 5), hat einen ansehnlichen Vorraum von Schulbüchern für höhere Lehranstalten, sowohl in neuen, als auch in billigen, schon gebrauchten Exemplaren.

Mit dem 1. Oktober beginnt das vierte Quartal der bei Ernst Keil in Leipzig erscheinenden beliebten Wochenschrift:

**Die Gartenlaube.**

Wöchentlich 2 Bogen in groß Quarto mit vielen prachtvollen Illustrationen.

Vierteljährlich 15 Sgr., mithin der Bogen nur ca. 5 1/2 Pfennige.

An größeren Novellen sind angenommen und kommen zur Veröffentlichung:

Ad. v. Auer: Jeden das Seine. — Hermann Schmidt: Die Türken in München. — Wilh. v. Hillern, geb. Birch (Verfasserin des „Artes der Seele“): Aus eigener Kraft.

Außerdem: Bilder und Erinnerungen von Friedrich Hecker, Fortsetzung.

Meine Begegnung mit Mazzini, von Ludmilla Assing. — In einer Spiritistenver-

sammlung. — Beiträge von Bock, Brehm, L. Büchner, Carl Vogt &c. &c. — Illustration von Gaulbach: Humboldt und der Kosmos. — Fräulein Tinne auf der Reise durch die Sahara, von Geng. &c. &c.

Hierzu noch Beliebte apart: „Deutsche Blätter.“ Literarisch-politische Feuilleton-Beilage zur „Gartenlaube.“ Wöchentl. 1/2 Bogen. Preis 6 Sgr. pro Quartal.

Die Verlagshandlung von Ernst Keil in Leipzig.

Bestellungen nimmt an die Buchhandlung von

**Joseph Jolowicz**, Markt 74.

**Auswärtige Familien-Nachrichten.**

Todesfälle. Frau Bertha Földing, geb. Bickermann, und verw. Frau Medizinalrat Bremer, geb. Meudtner, in Berlin, Freiherr Adolph v. Bodschwingh-Plettenberg in Sandfort.

**Volksgarten-Saal.**

Heute Dienstag den 12.

und Mittwoch den 13. Oktober

großes Konzert u. Vorstellungen.

Auftreten sämtlicher engagirter Mitglieder.

Eintritt 5 Sgr. Kinder 1 1/2 Sgr. Tagess-

billets 3 Sgr. Anfang 7 Uhr.

Hunde dürfen nicht in den Saal

gebracht werden.

**Emil Tauber.**

Täglich frische Engl. Austern à Dutzend 25 Sgr., Holst. : à Dutzend 15 Sgr.

empfiehlt

**Julius Buckow**,

Th. Baldenius Söhne Nachf.,

Wein-Großhandlung.

Wilhelmsplatz 15.

Einem geehrten Publikum beepleite ich mich hiermit ganz ergeben zu anzeigen, daß sich mein Restaurations- und Bierlokal jetzt

am **Markte 58**,

in dem Hause des Herrn Zupanski — frühere Amtswohnung des Herrn Rechtsanwalts Creplin — befindet.

Um freundlichen Zuspruch bittet

**Sujecki**.

Dampfbetrieb.

**Aufträge**

zur Anfertigung aller

**DRUCKSACHEN**,

als:

Circulare, Avisbriefe,

Preis-Courante, Rechnungen,

Etiquettes etc.

Wirtschafts- und Handlungsbüder,

Adress- und Visitenkarten,

Actien, Coupons und Pfandbriefe,

sowie den Druck ganzer

Werke und Zeitschriften

mit und ohne Illustrationen,

übernimmt und effectuirt prompt, in sauberer Arbeit und in jedem Umfang

